

Sozialdemokratischer Pressedienst

Correspondent und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Karl-Liebknecht 4294-4295



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin O 30 61, Dönhofsplatz 8
Telefon: 6061

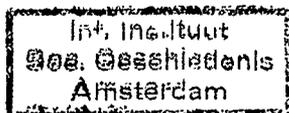
Die Herstellung erfolgt im Carlshof.

Der Inhalt ist nur auf Grund höchster Zuverlässigkeit veröffentlicht. Haftung ist nicht zu übernehmen, wenn nicht anders vermerkt ist. Erscheinungstag ist keine Seite 4 Berlin.

Berlin, den 31. April 1932

Putschisten und Landesverräter.

Die Nazi-Bewegung wie sie ist - Arbeit für den Oberreichsanwalt.



SPD. Der preussische Innenminister, der am Dienstag einen Teil des bei der preussischen Polizeiaktion gegen die NSDAP beschlagnahmten Materials mit einleitenden Ausführungen über die Entstehung dieser Aktion der Presse übergab, beendete seine Erklärungen mit der Feststellung: "Wie werden aus dem Ergebnis der Haussuchungen die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen."

Die Legalitätsbeteuerungen, die Hitler und seine Führer nach der Durchführung der preussischen Polizeiaktion dem Reichsinnenminister schwarz auf weiss als eidesstattliche Versicherungen eingereicht haben, liegen zerrissen am Boden. Hitler und seine Offiziere sind als Putschisten enthüllt, der Vorbereitung zum Hochverrat überführt, des Landesverrats dringend verdächtig! Der preussische Minister des Innern hat am Dienstag einen Teil des bei der Haussuchungsaktion beschlagnahmten Materials veröffentlicht. Dieses Material lässt über das Wesen der Braunen Armee des Herrn Hitler, ihre Zweckbestimmungen und ihre vorbereitenden Handlungen zum Putsch nicht den mindesten Zweifel übrig! Hitler will den Staatsstreich, den Bruch der Verfassung und der Gesetze mit Hilfe seiner Braunen Armee. Er hat die Braune Armee als Putschinstrument zum Schlage am 13. März durch seinen militärischen Stab bereitstellen lassen und nur der bedeutende Eindruck seiner Wahlniederlage und die Vorsichtsmaßnahmen der preussischen Polizei haben ihn am Losschlagen gehindert.

Aus den vorliegenden Dokumenten ergibt sich ein Bild, von dem wir einzelne Züge früher bei kommunistischen Putschvorbereitungen schon gesehen haben. Und es ist interessant, dass die eine Putschistengruppe von der anderen lernt. Hat doch Herr Röhm kommunistische Bürgerkriegsanweisungen, die deutlich die Hand russischer Militärs verraten, seinen Unterführern zur Nachachtung empfohlen. Die russischen und die deutschen Putschmilitärs verstehen sich und lernen voneinander. Zum Unterschied von den Kommunisten aber ist bei den Nationalsozialisten eine weit stärkere Beteiligung früherer Offiziere, damit mehr Organisationstechnik, mehr Schreibwerk, mehr Apparat vorhanden. Vor allem aber eins: die Braune Armee des Herrn Hitler hat nicht nur Offiziere sondern auch besoldete Mannschaften, über die, wie aus den Dokumenten hervorgeht, Stammrollen nach ihrer militärischen Ausbildung und Verwendungsfähigkeit angelegt worden sind.

Dieser putschistische Militärapparat hat seit Beginn dieses Jahres fiieberhaft auf den Mobilmachungstag des 13. März gerüstet. Am Tage des ersten Wahlgangs zur Reichspräsidentenwahl stand die Braune Armee des Herrn Hitler nach ihren eigenen Dienstvorschriften bereits auf der höchsten Alarmstufe, die bei ihr die Bezeichnung Mobilmachung trägt. Sie war auf das Maximum ihrer Schlagkraft gebracht worden. Völlig uniformiert, mit eisernen Rationen ausgerüstet, teilweise bewaffnet stand sie auf Alarm-Sammelplätzen, bereit loszuschlagen, staatliche Waffen an sich zu reißen und die Macht an sich zu nehmen.

Aus dem beschlagnahmten Material hebt sich so in allen Zügen ganz einwand-

frei das Bild einer gesetzlich verbotenen, rein militärischen Organisation heraus, die unter zentralem Kommando steht und deren Mobilmachungsvorbereitungen nach zentraler Anweisung erfolgen. Die SA und die SS des Herrn Hitler sind in keiner Weise mit dem Gesetz vereinbar. Sie sind eine Armee neben dem Heer des Staates. Der Staat, der sie dulden wollte, würde sich aufheben. Die Forderung, dass diese militärischen Organisationen verboten, dass ihre Verbindungen zerschlagen, ihre Mittel beschlagnahmt werden müssen, ist vom Standpunkt strenger Legalität aus eine Selbstverständlichkeit.

Diese technischen Vorbereitungen aber sind nicht nur an sich schon ein Verstoß gegen das Gesetz, sie schliessen in sich auch das politische Delikt des Verbrechens gegen die öffentliche Sicherheit. Sie sind unternommen worden als Putschvorbereitungen, als Vorbereitungen zum Hochverrat. Sie zielen darauf ab, die Verfassung des Staates gewaltsam zu ändern. Die beliebte Ausrede, dass sie nur eine Schutzformation gegen putschistische Absichten von Kommunisten darstellt, hat nach der Kenntnis, die die Behörden durch die Haussuchungsaktion gewonnen haben, keinerlei Grundlage mehr. Durch den Inhalt der Anweisungen, die bei der Haussuchung beschlagnahmt worden sind, wird diese Ausrede selbst widerlegt, wird die Erklärung der Nazi-Parteileitung gegenüber Groener, dass der Alarm der SA am 13. März nur den Zweck hatte, die Landsknechte Hitlers von der Strasse zu halten, als gemeine Lüge entlarvt. Die Hinweise auf den "Gegner System", die Anweisung zur Bespitzelung aller Behörden einschliesslich Polizei und Reichswehr, die Anweisungen zur Besetzung von Behörden und Hoheitsverwaltungen, die Zersetzungschriften gegen die Polizei, alles Tatbestände, die auf hochverräterische Absichten hindeuten. Auch die Ausrede, dass die Aktion nur im Falle der Wahl Hitlers im ersten Wahlgang erfolgen sollte, entkräftet nicht den Vorwurf des Hochverrats, Der gewählte Reichspräsident hat vor seiner Vereidigung keinerlei Befugnis. Auch nach seiner Vereidigung hat er keinerlei Kompetenz zur Änderung der Verfassung. Eine Aktion zur Besetzung von Behörden und zur tatsächlichen Machtübernahme durch die SA nach der Wahl Hitlers im ersten Wahlgang wäre gleichwohl ein hochverräterisches Unternehmen gewesen, bestimmt, gewaltsam die Verfassung des Reiches zu ändern. Ein Staatsstreich, der alle Behörden zur aktiven Gegenwehr verpflichtet hätte.

Wegen weit geringfügigerer Delikte hat das Reichsgericht in den letzten Jahren viele Dutzende von Kommunisten verurteilt, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts im Falle kommunistischer Delikte der Vorbereitung zum Hochverrat lässt nicht den geringsten Zweifel darüber, dass hier verbrecherische Vorbereitungs-handlungen im weitesten Umfange vorliegen, die geradezu den klassischen Fall der Vorbereitung zum Hochverrat darstellen, wobei nur eines zweifelhaft ist, ob nämlich das Delikt nicht bereits über Vorbereitungshandlungen hinausgegangen ist! Aber es ist nicht allein bei diesem Delikt geblieben. Den preussischen Behörden liegt Material vor, durch das sie den Verdacht des Landesverrats als gegeben ansehen. Das ist von grösster politischer Bedeutung. Die Partei des Herrn Hitler hat im Osten Deutschlands eine Agitation geführt mit der Panikparole der Bedrohung des deutschen Ostens. Sie hat der Bevölkerung eingeredet, dass nicht die staatlichen Machtmittel, sondern dass allein Hitler in der Lage sei, den deutschen Osten zu schützen. Das ist nicht nur eine abgrundtiefe Gemeinheit gegen den Reichspräsidenten, sondern zugleich die schwerste Beleidigung der Reichsregierung und des Reichsheeres, die sich denken lässt. Die Unterstellung, dass die Braune Armee des Herrn Hitler die Aufgaben erfüllen müsse, die der Wehrmacht zufallen, ist eine Diskreditierung der nationalen Funktion der Wehrmacht, ist eine ungeheuerliche Verdächtigung.

Auf Grund des vorliegenden Materials hat es die Reichsregierung in der Hand dem ganzen Volk, vor allem aber auch dem deutschen Osten, klar zu machen, was es mit dem Nationalismus der Braunen Armee des Herrn Hitler auf sich hat, der Bevölkerung zu zeigen, dass diese Braune Armee ein reines innerpolitisches Putschinstrument darstellt und dass jeder verlassen sein würde, der sich im Ernstfalle auf eine nationale politische Funktion dieser Putschbanden verlassen wollte! Hier erwächst der Reichsregierung neben der Verpflichtung, mit den Mitteln des Gesetzes gegen die ungesetzliche Militärorganisation Hitlers einzuschreiten, zugleich eine politische Aufgabe.

Denn diese Enthüllungen, die endlich einmal erfolgen mussten, haben nicht nur juristische, sondern in erster Linie politische Bedeutung! Sie zeigen dem Volke eine Bande gewissenloser politischer Abenteurer, die systematisch den Bürgerkrieg vorbereitet hat und wie sie die Dinge bis zur Minute des Ausbruchs des offenen blutigen Bürgerkrieges vorwärtsgetrieben hat! Sie zeigen die blutige verbrecherische Fratze des Faschismus, sie zerfetzen die Legalitätslügen. Sie sind ein Signal! Das Gesetz muss sich dagegen erheben. Mit dem Gesetz und hinter dem Gesetz aber das ganze Volk, das den inneren Frieden, nicht den inneren Krieg will. Der Sturm des Volkszornes gegen die Hitler und Konsorten, gegen die Puttschisten und Landesverräter muss die Drohung mit dem Bürgerkrieg und dem Faschismus ein für allemal hinwegfegen!

+ + +

Der preussische Minister des Innern machte dem Reichsinnenminister am Dienstag in einer längeren Besprechung, der auch Persönlichkeiten aus anderen Ländern beiwohnten, nähere Mitteilungen über das Ergebnis der Haussuchung bei der NSDAP. Das Ergebnis der Besprechung wurde für streng vertraulich erklärt.

SPD. Schneidemühl, 5. April (Eig. Drahtb.)
In Prützenwalde, Kreis Schlochau fand in einer der letzten Nächte ein Generalappell der gesamten nordgrenzmärkischen SA statt. Auf dem Gute einer Frau Weise, bei der sich seit geraumer Zeit der SA-Führer Marx aufhält, wurden die Sturmabteilungen planmässig zusammengezogen. Mit Motorrädern, Lastautomobilen, Personenautos wurden die Mannschaften herangeschafft, ohne dass eine Genehmigung dazu vorgelegen hätte. Die einzelnen Trupps waren militärisch ausgerüstet. Das Gut war durch Posten gegen Unbefugte gesichert.

Von Teilnehmern war zu erfahren, dass es sich bei der Zusammenziehung um einen grossen Generalappell gehandelt habe. Er bezweckte, die Brauchbarkeit der rund 500 Mann starken SA für den Ernstfall festzustellen.

SPD. Der "Demokratische Zeitungsdienst" schreibt zu der preussischen Polizeiaktion gegen die NSDAP:

"Severings Aktion stellt ein grosses Verdienst um das Volksganze dar, und man wird an den zuständigen Stellen - nicht nur in Preussen - auch nicht zögern dürfen, die weiteren Folgerungen zu ziehen, die sich aus diesem Material ergeben."

Das "Berliner Tageblatt" bemerkt: "Man wusste bisher schon, was es mit diesen militärisch ausgerüsteten SA-Gruppen für eine Bewandnis hat, man sprach von Hitlers Privatarmee, von einem Staat im Staate, von der Armee des Bürgerkriegs. Aber man hat noch niemals mit solcher Deutlichkeit das wahre Gesicht dieser "legalen" Truppe gesehen, wie jetzt nach Bekanntgabe des am 17. März beschlagnahmten Materials. Eines vor allem enthüllt es mit erschütternder Klarheit: die Offiziere der Vorkriegszeit, die Generale der Weltkriegsarmee entfalten bei dem Aufbau der Hitlerschen Privattruppen ihre ganze verhängnisvolle Aktivität. Sie haben hier ein Feld der Betätigung gefunden, auf dem sie ihre brachliegenden Fähigkeiten nutzbringend verwerten zu können glauben. Sie arbeiten mit denselben Mitteln, mit denen sie vor dem Kriege und während des Krieges arbeiteten."

SPD. Karlsruhe, 5. April (Eig. Drahtb.)

In einem Ort bei Emmendingen in Baden wurde ein Reichsbannerkamerad von einem SA-Mann durch 7 Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Ein anderer Reichsbannermann erlitt leichte Verletzungen. Der Vorfall ereignete sich nach einer Nazi-Versammlung. Die Täter sind bereits in Haft.

SPD. Es ist unmöglich, die Nazipresse in die Hand zu nehmen, ohne den Spucknapf bereitzustellen. Weil Hindenburg eine Persönlichkeit ist, soll dieses bei Hitler vorhandene Manko bis zum 10. April beseitigt werden. Koste es was es wolle. In der Tat, es kostet eine Kleinigkeit! Materiell und ideell! Keine Seite der Naziblätter, die nicht Hitler in irgend einer gestellten Pose zeigt. "Hitler und die Jugend", "Hitler bei den Bauern", "Hitler als Kamerad", "Hitler am Totenbett", "Hitlers Eltern" und so geht es fort und fort und selbst die Erkennungsmarke des tapferen Kriegers ist der staunenden Nachwelt erhalten geblieben. Jedem Alter, jedem Beruf, jedem Geschlecht, jedem Stand: seinen Adolf. Aber auch jeder Konfession ihren Schutzpatron!

Im katholischen Westen Deutschlands müssen natürlich die Katholiken ihres Beschützers und Erlösers teilhaftig werden und deshalb bringt das Essener Nazi-Blatt am 2. April auf der ersten Seite die Grossaufnahme: "Hitler beim Verlassen der Kirche". Gesenkten Hauptes und demutsvoll ergeben schreitet der Herr Osaf durch das Portal, auf die Strasse, und über seinem Haupte schwebt ein weisses Kreuz. Dementsprechend der Leitartikel, der Hitler preist als den Streiter für christliche Toleranz und als den Statthalter Gottes auf Erden für die Erhaltung des christlichen Glaubens gegen die finsternen und gottlosen Mächte "des Marxismus, Kapitalismus, Pazifismus und Bolschewismus!" Wörtlich heisst es dann:

"Hitler fordert für beide Religionsbekenntnisse Gleichberechtigung und das allein bedeutet schon absolute Anerkennung der Konfessionen durch Hitler und den kommenden nationalistischen Staat... Hitler hat sich verpflichtet, die christliche Kirche gegen die Gottlosigkeit des drohenden Bolschewismus in Schutz zu nehmen. Wer etwas anderes sagt und behauptet, ist ein unduldsamer religiöser Sektierer, ein ultramontaner Separatist oder ein marxistischer Lügner. Wer will, dass endlich einmal der seit Jahrhunderten bestehende religiöse Hader in Deutschland aufhört, wer will, dass endlich einmal wieder Katholiken und Protestanten sich als ehrliche deutsche Brüder die Hand reichen, der kann am 10. April nur einem Manne seine Stimme geben, dem Führer des kommenden Deutschlands, der das Christentum und seine Konfession genau so innig liebt wie er von Gottes ewiger Gerechtigkeit überzeugt ist."

Am gleichen 2. April druckt die im protestantischen Ostpreussen erscheinende nationalsozialistische "Preussische Zeitung" über die gesamte erste Seite einen Artikel: "Hitler und Ostpreussen". Hier gilt es bei den protestantischen Ostpreussen das katholische Glaubensbekenntnis und die süddeutsch-österreichische Abstammung Hitlers zu verwischen. Deshalb heisst es in diesem ostpreussischen Naziblatt: in Hitler sei Friedrich der Grosse auferstanden, der Urpreusse und Protestant, gegen den sich wiederum, wie im siebenjährigen Krieg, "der Vatikan und die internationale Herrschaft Roms" verschworen haben, ihn zu vernichten. Wörtlich:

"Gerade die Wiege des Preussentums, Ostpreussen, die diesem Staat neben dem Namen auch noch die Knochen gab, haben die Schwarzen aufs Korn genommen. Es ist französisch-vatikanische Politik, die aus dem preussischen Osten ein Lumpenland machen will... Die litauische katholische Aktion... die Polenclique versucht, die litauischen Nationalisten vom Wilnagebiet abzulenken und die nationalistischen Instinkte auf den Raub des Memelgebietes zu richten. Die ganze Aktion wird letzten Endes von der katholischen Aktion entriert. Das Polentum hat Ostpreussen jetzt restlos eingekreist. Die Klaue Roms hat

uns eingekrallt... Es ist kein Zufall, dass in diesen Tagen die beiden Prälaten Kaas und Schreiber im Vatikan in Rom vorsprachen, um neue Befehle für die Politik des Zentrums in Deutschland zu empfangen... Alles ist ihnen bisher gelungen, nur eins nicht: Die grosse Erhebung des preussischen Geistes in der ganzen deutschen Nation gegen das System der Katholischen Aktion zu verhindern. Aber wir werden die schwarze Pest austilgen, dessen sind wir gewiss! Nur mit uns lässt sich die grosse Aufgabe der Rettung des preussischen Geistes und der Rettung seiner Wiege Ostpreussen durchführen... und dann findet der Geist der Ordensritter, der Geist Luthers, der Geist Friedrich des Grossen seine Vollendung. Ueber diese Frage wird jetzt entschieden. In diesen Tagen arbeitet der schwarze Gegner mit allen Mitteln ... Ostpreussen, es geht ums Ganze."

Statthalter Gottes und Schutzpatron der christlichen Konfessionen im katholischen Westen, Luther, Friedrich der Grosse und Romtöter im Osten. Was kann man mehr von Hitler und den Nationalsozialisten verlangen? Osten oder Westen, Protestanten oder Katholiken, wir sind gewiss, die gesundgebliebene und gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes wird dem doppelzüngigen und grössenwahnsinnigen Herrn Hitler und seinen Banditen am 10. April die Geister austreiben!

SPD. Chemnitz, 5. April (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Dienstag kam es in Chemnitz wieder zu Schlägereien. Im Ortsteil Glösa wurde ein Trupp Reichsbannerleute, der friedlich aus einer Versammlung heimkehrte, überfallen und aus dem Hinterhalt beschossen. Ein Reichsbannerkamerad erhielt einen Brustschuss, ein zweiter einen Oberarmschuss und ein dritter einen Handstreifschuss. Die Verfolgung der Mordbuben, die sofort mit Hilfe der Polizei aufgenommen wurde, hatte Erfolg. Drei Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

Einen zweiten Ueberfall verübten zur gleichen Zeit im Ostteil der Stadt Kommunisten auf Nationalsozialisten. Zwei Nationalsozialisten wurden durch Schüsse verletzt.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat der Presse am Dienstag einen Teil des bei den Haussuchungen in den preussischen Gau-, Bezirks- und Ortsbüros der NSDAP beschlagnahmten Materials übermittelt. Das Material liefert den schlüssigen Beweis dafür, dass die SA und SS rein militärisch aufgezogene Organisationen sind. Nach dieser Feststellung ergeben sich auf Grund der bestehenden Gesetzes die erforderlichen Schlussfolgerungen von selbst: die SA darf nicht länger geduldet werden.

Der Preussische Innenminister leitete seine Betrachtungen vor der Presse mit der Feststellung ein, dass das von ihm veröffentlichte Material nur einen Teil der beschlagnahmten Akten umfasse und sozusagen nur eine Kostprobe sei. Würde er das gesamte Material veröffentlichen, dann würde die Öffentlichkeit geradezu Bände staunen. Schon vor Monaten und Wochen sei er immer wieder auf den militärischen Charakter der SA und darauf aufmerksam gemacht worden, dass die NSDAP illegale Pläne hege. Aber so oft er gemahnt worden sei, so oft habe er darauf hingewiesen, dass die preussische Regierung für jeden Gewaltakt gerüstet sei. Am 9. März habe dann der Reichsinnenminister Groener den bekannten Brief an ihn gerichtet, in dem auf bestimmte Vorbereitungen der NSDAP zu gewaltsamen Aktionen hingewiesen wurde. Er habe den Reichsinnenminister sofort um eine Unterredung ersucht und Herrn Groener in dieser Besprechung darauf hingewiesen, dass auch in seinem Briefe nur eine Meinung wiedergegeben sei, die in letzter Zeit des öfteren an ihn herangetragen worden wäre.

Es gelte trotzdem, kaltetes Blut zu bewahren. Er persönlich würde den Plänen der NSDAP keine grössere Bedeutung beimessen als den illegalen Plänen der KPD in den Jahren 1923/24. Immerhin habe er die preussische Polizei noch am gleichen Tage über die ihm mitgeteilten Absichten der NSDAP informiert, ihr zugleich seine persönliche Auffassung mitgeteilt, wie er sie gegenüber dem Reichsinnenminister geäußert habe, aber auch hinzugefügt, dass die Polizei für den Eventualfall mit dem letzten Mann und der letzten Waffe bereit zu stehen habe. Tatsächlich sei der Wahltag dann ruhig verlaufen. In der Zwischenzeit und den darauffolgenden Tagen sei ihm jedoch von mehreren Regierungspräsidenten mitgeteilt worden, dass die SA bewaffnet sei oder bewaffnet werde und man SA-Reserven aufstelle, denen im Eventualfall polizeiliche Befugnisse übertragen werden sollen. Diese übereinstimmenden Meldungen hätten ihn schliesslich veranlasst, die erforderlichen Prüfungen und Feststellungen vorzunehmen. So sei es zu den Haussuchungen gekommen. Man habe ihn insbesondere in der Presse der Opposition deshalb heftig angegriffen. Trotzdem werde er im gleichen Falle wieder das Gleiche tun und veranlassen.

Severing wehrte sich dann noch gegen den dummen Verdacht, als ob seine Aktion ein Wahlmanöver gewesen sei und machte schliesslich noch kurz vertrauliche Mitteilungen von ebenfalls beschlagnahmtem Material, das inzwischen dem Oberreichsanwalt zur weiteren Veranlassung übermittelt worden ist.

SPD. Bochum, 5. April (Eig. Drahtb.)

In einem Schreiben der obersten SA-Führung vom 16. Februar 1932 wird den SA-Gruppen mitgeteilt, dass ihnen von München aus Kurzwellengeräte zur Verfügung gestellt werden. Wörtlich heisst es dann: "Die oberste SA-Führung beabsichtigt keineswegs, diese Kurzwellengeräte für politische Zwecke zu verwenden. Der Zweck liegt vielmehr auf folgendem Gebiet: a. es soll den SA-Männern Gelegenheit gegeben werden, sich technisch zu vervollkommen, b. erfüllen wir eine vaterländischen Zweck, wenn wir junge neue Kurzwellenamateure heranbilden, welche im Kriegsfall als wertvolle Funker verwertet werden können."

Ueber die Abwicklung des Verkehrs dieser SA-Kurzwellensender werden folgende Vorschriften gemacht: "Es muss unter allen Umständen vermieden werden, dass Rundfunkhörer gestört werden. Diese Gefahr ist immer dann vorhanden, wenn irgendwelche Rundfunkempfänger in einer Entfernung von ca. 200 Meter und näher an der Amateur-Sendestelle vorhanden sind. Am besten eignen sich die frühen Morgenstunden und die Nachtstunden für den Wechselverkehr. Der Empfangsverkehr ist zu jeder Tages- und Nachtzeit möglich. Diese Gelegenheit ist deshalb auszunützen, um junge Amateure heranzubilden. Die Ueberwachung und das Mithören von Kurzwellenverkehr anderer Kurzwellenamateure trägt zur Schulung des Hörens und der Betriebsdienstkennntnis erheblich bei. Die Kurzwellenamateure der SA dürfen nur mit anderen Amateuren der SA verkehren. Jeder andere Verkehr ist verboten. Ganz besonderer Wert ist auf die von der obersten SA-Führung festgelegten Sendezeiten zu legen. Die oberste SA-Führung wird zu Übungszwecken an bestimmten Tageszeiten irgendwelche, den Betrieb betreffende Meldungen durchgeben, die die anderen Stationen nur aufzunehmen brauchen. Verlangt die oberste SA-Führung mit der einen oder anderen Station einen Wechselverkehr, so wird die betreffende Station selbstverständlich antworten. Dies soll zur Steigerung des Pflichtbewusstseins und zur Verkehrsdisziplin beitragen. Absolut sicheres Finden der Gegenstelle muss unbedingt angestrebt werden."

Dieses harmlos frisierte Rundschreiben wird ergänzt durch die Feststellung, dass die NSDAP besondere Listen derjenigen Mitglieder führe, die Brieftauben besitzen und sich verpflichtet haben, Brieftauben der Leitung im Bedarfsfalle zur Verfügung zu stellen. An verschiedenen Stellen im Reiche ist inzwischen festgestellt worden, dass SA-Heime mit Brieftaubenschlägen versehen waren.

SPD. Hitlers Stabschef Röhm, dessen Hintern-Affäre in letzter Zeit durch das ganze Land ging, soll, wie eine Korrespondenz meldet, nun doch noch ein Opfer seines Popos werden. Angeblich haben der Nazi-Abgeordnete Reventlow und andere seine Amtsenthebung von Hitler gefordert. Dieser soll nach anfänglichem Sträuben schliesslich in die Ersetzung Röhm's durch einen anderen Militär eingewilligt haben. Natürlich erst nach den Wahlen.

So heisst es. Aber solange der perverse Stabschef als Führer und Vorbild der SA-Jugend nicht abgesägt ist, glauben wir an die jetzigen Verlautbarungen über ihn nicht! Er sollte es schon einmal.....

SPD. Paris, 5. April (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Tardieu ist am Dienstag-Vormittag von seiner Londoner Reise nach Paris zurückgekehrt. Bei der Landung in Dünkirchen erklärte er einem französischen Journalisten, er sei über die Londoner Besprechungen sehr zufrieden. Sie seien so gut wie möglich verlaufen, aber man dürfe noch nicht von Ergebnissen sprechen, denn es sei nichts Endgültiges beschlossen worden.

Der italienische Aussenminister Grandi hat auf seiner Reise nach London am Dienstag-Nachmittag Paris passiert.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute eine grössere Abordnung von Landwirten und ländlichen Gemeindevorstehern aus allen Teilen Deutschlands sowie auch des Österreichischen Landbundes. Die Abordnung, welche von dem Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Gereke, geführt war, brachte übereinstimmend das unerschütterliche Vertrauen des deutschen Landvolkes in die Person und das Wirken Hindenburgs zum Ausdruck und nahm zugleich Gelegenheit, dem Herrn Reichspräsidenten die Wünsche der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft, in eingehender Besprechung darzulegen.

Reichspräsident von Hindenburg dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen. In seiner Erwiderung auf die landwirtschaftlichen Forderungen gab der Reichspräsident einen Rückblick über die Massnahmen, die seit seiner Osterbotschaft des Jahres 1930 zum Schutze der Landwirtschaft getroffen worden sind; er versicherte, dass er nach wie vor in der Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen Landwirtschaft eine unerlässliche Voraussetzung für die Gesundheit unseres Vaterlandes erblicke.

Der Empfang schloss mit der gemeinsamen Erklärung der anwesenden Vertreter des deutschen Bauerntums, dass sie die Parole des Reichs-Landbundes ablehnen und in geschlossener Front sich in alter Treue zu dem Ehrenmitglied des Reichslandbundes, dem Feldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg, bekennen.

SPD. London, 5. April (Eig. Drahtb.)

Das englische Auswärtige Amt beschäftigt sich zurzeit mit einem Gedanken, der eine erhebliche Abkürzung der Lausanner Konferenz und gleichzeitig eine abermalige Verschiebung der Reparationslösung bedeuten würde. Dieser neue Plan besteht darin, auf der Lausanner Konferenz ein internationales Komitee einzusetzen, das feststellen soll wie viel Deutschland auf Reparationskonto seit Kriegsende gezahlt hat, wie viel Frankreich für den Wiederaufbau ausgegeben hat und wie hoch der für den Wiederaufbau in Frage kommende Schaden ist. Zwar erwartet England, dass weder Deutschland noch Frankreich den

Plan mit Begeisterung aufnehmen werden, es rechnet aber damit, dass er doch schliesslich von Frankreich, wenigstens nach den Kammerwahlen, Annahme finden wird und somit die englische Ansicht, dass eine Vertagung des Reparationsproblems zurzeit immer noch die beste Lösung ist, durchdringen wird.

SPD. Paris, 5. April (Eig. Drahtb.)

Der 24 stündige Proteststreik der französischen Theater, Kinos, Variétés usw. hat am Dienstag-Nachmittag begonnen. Auch die Nachtlokale und Tanzstätten haben sich als Solidarität der Bewegung angeschlossen. Nur die staatlichen und städtischen Theater spielen wie gewöhnlich.

Die Gewerkschaftsverbände des Theaterpersonals, der Musiker und Maschinisten haben eine Entschliessung angenommen, in der es heisst, dass die Gewerkschaftsmitglieder in dem Konflikt der Theater mit dem Staat sich alle Rechte vorbehalten. Die Maschinisten haben beschlossen, wie gewöhnlich zur Arbeit zu erscheinen und die Auszahlung ihres vollen Lohnes zu verlangen.

SPD. Am Dienstag-Vormittag sind gemäss der Anordnung des Berliner Polizeipräsidiums die Räume der Berliner SA in der Hedemannstrasse von den Nazis geräumt worden. Punkt 12 Uhr war die Räumung, wie befohlen, beendet.

SPD. Prag, 5. April (Eig. Drahtb.)

In Brück versammelten sich am Dienstag-Nachmittag etwa 30 000 streikende Bergarbeiter aus Nordböhmen. Es sprachen Kommunisten, Hakenkreuzler und tschechische Nationalsozialisten (Demokraten) für die Weiterführung des Streikes.

SPD. Stalin hat in der Frage der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft einen Rückzug angetreten. Er hat verordnet, dass jeder Bauer eine Kuh für sich halten darf, ohne für einen Kulaken zu gelten. Was geschah bisher dem Bauer, der eine Kuh besass? Er wurde enteignet, gehetzt, verbannt in die Wüsten des nördlichen Sibiriens, wo er verhungern durfte, er war ein rechtloser Mensch, der zum langsamen Tode verurteilt war. Gestern Todesstrafe - heute gestattet, was noch gestern todeswürdiges Verbrechen war!

Das ist charakteristisch für die bolschewistische Diktatur! Sie ist von Anfang an so gewesen. Im Jahre 1920 wurden kurz vor dem Ende der gewaltsamen Requisitionen auf dem Lande fünf Bauern nach Moskau eingeliefert, weil sie Widerstand gegen die Requirierung ihres Viehs geleistet hatten. Sie wurden zum Tode verurteilt und erschossen. Am Tage nach ihrer Hinrichtung erschien die Verordnung Lenins, die die Zwangsrequisitionen auf dem Lande verbot. Aber ungezählte Todesopfer des Terrors lagen bereits unter der Erde!

Es ist ein Regime der völligen Menschenverachtung, das solche Sprünge unternimmt und so mit Menschenleben spielt. Es zeigt die Züge einer asiatischen Despotie, für die der Begriff der Menschenrechte noch nicht existiert, und die gegenüber Europa um zwei Jahrhunderte zurück ist. Diese Despotie empfehlen deutsche Kommunisten deutschen Arbeitern! Sie sollten sich besser dafür einsetzen, dass Russland die geistige Entwicklung des ausgehenden 18. Jahrhunderts nachholt!

SPD. Brüssel, 5. April (Eig. Drahtb.)

Das Internationale Bergarbeiterkomitee beendete am Dienstag seine Brüsseler Tagung. Angesichts der ausserordentlich ernsten und stellenweise tragischen Lage des internationalen Bergbaus und im Hinblick auf das Versagen der Unternehmer, der Regierungen und der Wirtschaftsorgane des Völkerbundes beschloss das Komitee, gleichzeitig in allen Kohlenrevieren der Welt grosse Demonstrationen zu veranstalten, um der Oeffentlichkeit den Ernst der Krise besser zum Bewusstsein zu bringen. Der Zeitpunkt dieser Demonstrationen wurde auf Sonntag, den 4. September dieses Jahres gelegt.

In dem Manifest, das im Namen der Internationale an alle Bergarbeiter der Welt gerichtet werden soll, wird das kapitalistische System für die Krise verantwortlich gemacht. Nur mit dem Verschwinden des Kapitalismus könne die Krise endgültig gelöst werden. Darüber hinaus wird eine scharfe Anklage gegen die Unternehmer und Regierungen gerichtet, die durch ihren systematischen Widerstand auch die Anwendung der von den Arbeiterorganisationen seit Jahren geforderten Teillösungen verhindert haben. So seien die Forderungen der Arbeiter nach einer internationalen, öffentlich kontrollierten, Regelung des Bergbaues unter Mitwirkung des Völkerbundes durchkreuzt worden, ebenso die Forderungen nach Sozialisierung des Bergbaues und Bewirtschaftung im Interesse der Gesamtheit sowie nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden am Tage und 40 Stunden in der Woche, wodurch eine erhebliche Anzahl von Erwerbslosen wieder eingestellt werden könnte.

In einer besonderen Entschliessung protestiert das Komitee gegen das Fehlschlagen der in Genf gemachten Versuche, ein internationales Abkommen über die Kohlenwirtschaft herbeizuführen. Die Internationale fordert die Regierungen auf, die Unternehmer zum Verzicht auf ihren Widerstand zu bewegen. Das Komitee erhebt ferner Protest dagegen, dass das Genfer Abkommen über die Arbeitszeit in den Gruben noch immer nicht von den Regierungen ratifiziert worden ist, und es verlangt vom Internationalen Arbeitsamt die Veröffentlichung eines Berichtes, aus dem die Oeffentlichkeit ersehen kann, wen die Schuld für diese Verzögerung trifft. Der amtliche Terror, mit dem die polnische Regierung die Gewerkschaftsbewegung verfolgt, wurde vom Komitee scharf gebrandmarkt.

Der Internationale Bergarbeiterkongress tritt am 2. August in London zusammen.

: Anm.f.d.Red.: Am Montag haben wir eine Gratis-Mater zur Reichspräsidentenwahl zum Versand gebracht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

SPD. Der Preussische Minister des Innern teilt über das Ergebnis der Haussuchungen bei der NSDAP folgendes mit:

"Die Nationalsozialisten entfalten nach einheitlichen genauen Richtlinien in ihrem sog. Nachrichtendienst eine Spitzeltätigkeit, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden kann. Das Schwergewicht dieser Tätigkeit liegt bei den "Referenten I c" der Untergruppen (Gaustürme), denen besonders bestellte Nachrichtenwarte bei den Standarten (Regimentern der S.A.) und Sturmbannern (Bataillonen) als Hilfsorgane zur Verfügung stehen. Nach einem Befehl dieser Abteilung I c der Untergruppen (= Division) Ostmark in Frankfurt a/O. vom 2. Februar 1932 hat sich das Nachrichtenwesen "auf jede Tätigkeit befreundeter oder sympathisierender Verbände, auf die Tätigkeit des Staates und seiner sämtlichen Organe wie Regierung, Polizei, Reichswehr, sowie auf die Tätigkeit der Gegner" zu erstrecken. Zur laufenden Ergänzung einer bei der Untergruppe angelegten Kartei ist ständig über die Tätigkeit der einzelnen Organe und Führer zu berichten; bei den staatlichen Organen ist nach Möglichkeit die politische Einstellung, eventuell gegnerischer Art, festzustellen und zu melden.

Dass es sich bei dieser Art der Aufziehung der Bespitzelung um die Auswirkung einer zentralen Anordnung der obersten Führung handelt, zeigen die überall im ganzen Staatsgebiet gemachten Funde an solchen Spitzelberichten und die Art ihrer Verwertung für die Partei. Dabei spielt die Ausspähung der Polizei, namentlich der Schutzpolizei, eine Hauptrolle. In Berlin, Köln, Hamburg, Oberhausen, Essen, Wuppertal, Altona, Harburg-Wilhelmsburg z.B. sind genaue bis ins Einzelne gehende Aufstellungen über Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Bewaffnung der Polizei, über Namen, Anschrift und politische Einstellung von Offizieren und Beamten der Schutzpolizei, auch der politischen Polizei usw. gefunden worden, die nach übereinstimmend gegliederten Fragebogen aufgestellt sind. Von zentraler Parteistelle wird monatlich der "Nachrichtendienst" in verschiedenen Unterteilen, z.B. "Information über den Gegner KPD" oder "Information über den Gegner: System" herausgegeben. Das Nachrichten dienstblatt Dezember 1931 über KPD enthält z.B. eine Dienstanweisung für die Nachrichtendienstleitung des Roten Frontkämpferbundes, die übrigens bezeichnender Weise in dem Befehl des obersten SA-Führers vom 9. Dezember 1931 - I c Nr. 7459/31 - bei den nachgeordneten SA-Gliederungen zum Gegenstand der Belehrung gemacht werden soll. Im Nachrichtendienstblatt Dezember 1931 betr. das "System" werden die nur durch Verletzung des Dienstgeheimnisses der Partei in die Hände gefallenen geheimen Verfügungen des Ministers und zweier Regierungspräsidenten im Wortlaut mitgeteilt; das Nachrichtendienstblatt Februar 1932 enthält den Abdruck einer vertraulichen und für den Dienstgebrauch bestimmten Denkschrift des Preussischen Polizeinstituts über Kampfzubereitung und Kampfgrundsätze radikaler Parteien.

In einem Befehl Nr. 45 der Standarte 60 in Essen vom 4. März 1932 wird, u.a. binnen 4 Tagen eine listenartige Aufstellung über: 1. Polizei, 2. Lehrer, 3. Pfarrer, 4. Bahnbeamte und Lokomotivführer, 5. Autobusfahrer, 6. Vorsitzende von Innungen, Militär- und sonstigen Schiessvereinen, 7. Beamte des Bezirksverbandes, 8. Freimaurer und 9. Juden verlangt. Die Fassung der Nr. 7 deutet mit dem spezifisch bayerischen Begriff darauf hin, dass es sich um eine zentrale Anordnung handelt.

Die Polizei erfreut sich indes nicht nur der besonderen Aufmerksamkeit des nationalsozialistischen Nachrichtendienstes. Mitunter wird sogar nach kommunistischem Vorbild offene Zersetzungsarbeit betrieben. Bei der Durchsuchung des nationalsozialistischen Parteihauses Filzengraben in Köln beim Nachrichtendienstleiter Dahlhausen wurde eine Abhandlung "Gehaltsabbau und Schutzpolizei", angebliche Zuschrift eines Schupobeamten, gefunden, in der ziemlich unverblümt dazu aufgefordert wird, die Dienstpflichten gegenüber

Angehörigen der NSDAP zu verweigern. Noch deutlicher ist ein in Berlin verbreitetes, an die Berliner Schutzpolizei gerichtetes, mit "Die nationalsozialistischen Polizeibeamten Berlins" unterzeichnetes hektographisches Flugblatt, in dem es u.a. heisst: "Kein Gummiknüppel darf einen Nationalsozialisten treffen. Kein Pistolenschuss gegen die für uns mitkämpfende SA".

Ebenso bezeichnend sind, abgesehen von der Polizei, die anderen Hauptobjekte des Nachrichtendienstes. In einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung über den Hergang einer daselbst abgehaltenen Führerbesprechung am 8. Februar 1932 werden als meldepflichtige Gegenstände bezeichnet:

- | | | |
|--|--|---|
| I. a) <u>Bahnschutz</u>
beabsichtigter Einsatz
Bewaffnung
Stärke
Führung
Zusammensetzung pol. | b) <u>Panzerzüge</u>
Anzahl
Standort
Bewaffnung
beabs. Einsatz
Führer (pol. Einstellung)
Besatzung (") | c) <u>Bahnfunkanlagen</u>
Anzahl
Standort |
| II. a) <u>Postfernleitungen</u>
Überirdisch)
Kabel) Lage | b) <u>Postfunkanlagen</u>
Standort
Personal (Einstellung) | |
| III. <u>Flughäfen</u> a) offizielle
b) private
Zahl der Flugzeuge
Typen
Funkanlage. | IV. <u>Flussübergänge über Elbe und
Weser</u>
a) feste Brücken
b) Fähre. | |

Ergänzt und erläutert wird dieses Meldeschema durch einen in Göttingen gefundenen Befehl, in dem als "Arbeitsgebiet für I c" bezeichnet werden:

"Politische Parteien aller Art, Kampfverbände, Kurierdienst aller Arten der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Anschriften derselben. Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Ueberwachung, Waffentransporte, Uebungen der Gegner.

Telegraphen- Fernsprechzentralen, Radiostationen, Verstärkeranlagen derselben (meist in Postämtern), politische Einstellung der bedienenden Personen.

Flugverkehr: öffentliche, private Flughäfen, Zahl der Maschinen und Typen Einstellung der Flieger und des Hafenpersonals. Flughafen- Sende- und Empfangsstationen; Versuch, an die Bedienenden heranzukommen. Notlandeplätze und Fliegerleuchtfeuer feststellen.

Postwesen erfordert grosse Aufmerksamkeit, wichtige Fernleitungen, z.B. solche anlässlich bedeutender Tagungen (Konferenz in Genf), überirdische Kabel von Bedeutung, unterirdische Kabel, Wasserkabel, Postfunk.

Bahnschutz, Standorte, Stärke, Führer und Bewaffnung der Abteilung; Panzerzüge, Zahlen, Führer, Standorte, Führer, Besatzung und Bewaffnung, Einsatzabsichten.....

Die Standarte 82 hat sämtliche Brücken, Uebergänge, Furten usw. an der Leine festzustellen und an die Untergruppe zu melden."

Aus in Wiesbaden gefundenen aus dem März 1932 stammenden Richtlinien zum Aufbau des Nachrichtendienstes ist interessant die Anweisung, zu versuchen, in den Besitz von Stempeln, Mitgliedskarten und Klebmarken des Antifaschistischen Kampfbundes zu kommen, um entsprechende Ausweise ausstellen zu können; diese Hilfsmittel sollen dazu dienen, besonderen Beauftragten des Nachrichtendienstes, die als Kommunisten ausgebildet und als Spitzel "in die Kommune" geschickt werden, ihre Arbeit zu erleichtern.

Die Gründe für die Geschäftigkeit und Eile, mit der der Nachrichtendienst gerade über diese Gebiete im Februar und Anfang März 1932 forciert wird, erhellen aus einer Bemerkung in demselben Befehl, wo es heisst:

"Da infolge der Reichspräsidentenwahlen, besonders bei einem Siege der nationalsozialistischen Kandidaten mit einem Einsatz der SA. gerechnet werden muss, muss das Nachrichtenwesen, insbesondere auch der eigentliche

Nachrichtendienst (I c in Verbindung mit Abt. VII) schnellstens ausgebaut werden."

Der technischen Ausgestaltung eines umfangreichen Nachrichtennetzes ist gleichfalls in den letzten Monaten und Wochen besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden. Als Nachrichtenmittel werden in einem in Stettin aufgefundenen Plan aufgezählt:

- 1) Meldegänger, Meldereiter, Kraftradfahrer und Kraftwagen;
- 2) Leucht- und Signalmittel;
- 3) Briefftauben;
- 4) Meldehunde;
- 5) Blinkverbindungen;
- 6) Fernsprechverbindungen und
- 7) Funkverbindungen.

Schon seit geraumer Zeit ist ein über das ganze Reich sich erstreckender Relais-Dienst festgestellt worden, der die Verbindung mit sämtlichen wichtigen Führerstellen für die Reichsleitung sichern soll. Die Leitung liegt in der Hand des bei der obersten SA-Führung eingesetzten "Inspektors der Motorstürme und -Staffeln," der die Inangsetzung des Relais-Dienstes jeweils durch ein besonders geheimes Stichwort anordnet. Das zuletzt bekannt gewordene Stichwort aus dem Februar 1932 lautete bezeichnender Weise "Grossmutter gestorben, Max".

Ueber die systematische Ausbildung von Briefftauben liegen urkundliche Unterlagen z.B. aus Stettin, Beuthen O/S. Neusalz a. Oder, Essen, Sterkrade, Wiesbaden usw. vor, Zweck und Ziel der Einrichtung von Briefftaubenstationen ist, "ein Netz von Briefftaubenstationen zu errichten, um damit in jeder Lage Befehlsübermittlungen unbedingt sicherstellen zu können". In dem dem Briefftaubenwesen gewidmeten Abschnitt des in Stettin gefundenen Planes für ein Nachrichtennetz heisst es übrigens:

"Ich möchte erinnern, dass der Leiter des militärischen Briefftaubenwesens, Parteigenosse ist. Ich bitte, diese Notiz vertraulich zu behandeln".

Das Blinkgerät und seine Verwendung für den Nachrichtendienst ist Gegenstand einer längeren Dienstanweisung, deren Fassung und Beispiele die geplante Anwendung zu nichtfriedlichen Zwecken einwandfrei dartun. Im Gausturmbehehl Nr.4 der Untergruppe Gausturm Nordmark in Itzehoe vom 27. Januar 1932 heisst es unter "I c3":

"Betr. Blinken.

Am 28. ds. gehen den Sturmbannern (nicht durch die Post) die Blinkgeräte und die Blinkvorschrift zu.

Die Ausbildung im Blinken ist mit aller Macht vorzunehmen."

Unter dem 5. März 1932 ergeht von der Untergruppe Nordmark eine ergänzende Anweisung betr. Blinkverbindungen; dabei werden 4 verschiedene Blinklinien eingerichtet - deren praktische Benutzung übrigens in der Nacht vom 13. zum 14. März 1932 polizeilich festgestellt werden konnte - und u.a. folgende Abkürzung vorgeschrieben

"ha = wir halten
ma = wir gehen vor (sind im Angriff)
un = Unterstützung notwendig
go = wir sind eingeschlossen
p(.-.) = Achtung, hier Polizei
lo(.-.) = hier alles in Ordnung".

Ueber das Fernsprechwesen heisst es in dem bereits erwähnten Stettiner Plan: Das Anschalten von Freileitungen oder Kabelkästen der R.T.V. (Reichstelegraphenverwaltung) sind Fertigkeiten, die einzelne Pgg. (SA und SS) unbedingt beherrschen müssen".

Einrichtung eines eigenen Funkverkehrs.

Ueber die Herstellung und Inbetriebnahme von Kurzwellensendern ist verschiedenes bekannt geworden. Auf Anordnung der höheren Führerstellen werden

ehemalige Funker ausgebildet und besondere Aus- und Fortbildung im Funkdienst vorgenommen.

Neuerdings wird der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt. Vor allem wird die Aufstellung von Pioniertrupps betrieben. Pioniere und Minenwerfer werden auf Anfordern der höheren SA-Einheiten namhaft gemacht, desgl. ehem. Flieger. Dabei ist bemerkenswert, dass die Aufstellung offenbar mit besonderer Eile betrieben worden ist und die gefundenen Unterlagen alle aus der Zeit Januar/Februar 1932 stammen.

Sehr beachtlich ist eine Meldung des Sturmes 42 in Berlin-Tegel vom 9. März 1932 an den Sturmbann III/4 in Berlin:

"Es werden vom Sturm 42 gemeldet:

- | | | |
|---|---|---|
| <u>1. für den Stosstrupp:</u> | <u>2. als M.G.-Schützen:</u> | <u>3. als Tankfahrer:</u> |
| Scharführer: Steinke,
Treptow
Fahnenträger: Stein
SA-Männer: Wilhelmi,
Linow, Stobbe, Kraft,
Flegel, Hunte, Buchhorn,
Groh, Hill, Wolf II,
Schmieding. | Truppführer: Liese,
Hoffmann
SA-Männer: Wilhelmi,
Linow. | SA-Mann Kraft
Betr. Flieger und
Flugzeugmonteure
Fehlanzeige". |

Unter dem 19.2.1932 richtet die Standarte 9 (Hannover-Ost) in Harburg-Wilhelmsburg an die ihr nachgeordneten Sturmbanne I/9 in Winsen und II/9 in Harburg folgende Anfrage:

"Betr. Vorbereitung zum Einsatz und Abwehr.

Es ist umgehend in den Stürmen festzustellen, welche SA-Männer im Waffendienst ausgebildet sind. Es kommt vor allen Dingen in Frage, zu erfahren, wer mit der Armeepistole 08 und mit dem Infanteriegewehr umgehen kann. Ausserdem ist festzustellen, wer ein M.G. bedienen kann. Die Angaben müssen aber bestimmt der Wahrheit entsprechen. Dieser Befehl ist streng vertraulich zu behandeln. Die betr. SA-Männer sind mit sturmweise namhaft zu machen (Termin 25.2.32)".

Ueberhaupt scheint aus besonderer Veranlassung allgemein die Aufstellung einer Statistik nach dem Stichtag vom 10.1.1932 bis zu Ende Januar 1932 angeordnet worden zu sein, wie sich aus einem Tagesbefehl der Untergruppe Hamburg vom 8.1.1932 ergibt, und wonach zu melden waren:

1. Zahlenmässige Angabe der gedienten Männer
2. Anzahl der Erwerbslosen
3. Wieviel Männer sind ausser den Erwerbslosen sofort abkömmlich gegebenenfalls?
4. Zahlenmässige Angabe der SA-Männer mit Führerschein (getrennt für Motorräder, Personen- und Lastkraftwagen)
5. Wieviel SA-Männer haben Fahrräder?
6. " Feldküchen sind vorhanden?
7. Zahl der im Reiten ausgebildeten SA-Männer".

Die Bestandsaufnahme an Feldküchen scheint in allen Teilen des Reichs Anfang März 1932 eine besondere Rolle gespielt zu haben. In einem Sonderbefehl der Standarte 93 (Gausturm Magdeburg-Anhalt) vom 3.3.1932 heisst es:

"Sämtliche in Ihrem unterstellten Verband befindlichen Feldküchen sind durch fachkundige Leute durchzusehen und bis Montag, den 7. März, fahrfertig in Stand zu setzen. Nach Instandsetzung sind die Feldküchen sofort an die Sammelpunkte der Sturmbanne zu befördern und dort unauffällig sicherzustellen".

Auffälligerweise sind kurz vor dem Termin für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl noch eine Reihe anderer Anordnungen getroffen worden, die im Zusammenhang betrachtet sehr zu denken geben. Seit einigen Monaten mehren sich die Beobachtungen, dass bei der SA auf schnellste vollkommene Uniformierung gedrungen wird, obwohl das bestehende reichsrechtliche Uniformverbot

eine solche Massnahme normalerweise eigentlich unverständlich machen müsste. In einem Gausturmbehl Nr.4 der Untergruppe Nordmark in Itzehoe vom 27.1. 1932 wird die beschleunigte Einkleidung besonders behandelt; es heisst da:

"Die Einkleidung ist zu beschleunigen. Auf Grund einer Rücksprache mit der Z.M. wird die SA-Bekleidung auf Raten geliefert. Der Sturmführer Schütz, Gausturm Hamburg reist im Gausturmgebiet umher und nimmt Mass".

Derselbe Gausturmbehl lässt sich auch über die an den verschiedensten Orten beobachtete Verproviantierung der SA für einen bestimmten ins Auge gefassten Fall aus; es heisst insoweit:

"Betr.Beschaffung von eisernen Rationen.

Jeder SA-Verband hat umgehend die Beschaffung von sog. eisernen Rationen zu veranlassen. Jeder SA-Mann muss unbedingt im Besitz von mindestens 1 Dose Fleisch oder Wurst sein. Für die Landstürme kann anstelle von Dosenfleisch oder -Wurst Speck oder Dauerwurst genommen werden. Die Landstürme werden grösstenteils Gelegenheit haben, ihre Kameraden der Stadtstürme zu unterstützen.

Jeder Sturmführer hat ausser der vorbenannten Ration, die jeder SA-Mann bei sich haben muss, für jeden SA-Mann seines Sturmes möglichst weitere 2 Dosen Fleisch oder Wurst oder sonstige Dauerwaren bereit zum sofortigen Zugriff zu beschaffen.

Der Vollzug dieser Anordnung ist mir zum 10. Februar nach hier zu melden". Schliesslich ist dieser Gausturmbehl noch für eine dritte typische Erscheinung aufschlussreich, soweit er sich nämlich mit der Vorbereitung von Massenquartieren befasst. Er gibt hierzu folgende Weisung:

"Unter Benutzung beiliegenden Musters haben alle Verbände bis zum Sturm abwärts zu melden, für wieviel Mann Unterkunftsmöglichkeit in ihrem Gebiet besteht. Die Meldung muss enthalten:

- a) Belegmöglichkeit bei Pgg. und Sympathisierenden,
- b) Gesamtbelegmöglichkeit innerhalb eines Ortes,
- c) Kochgelegenheit (Fassungsvermögen, vorhandene Kessel).

In erster Linie sind Scheunen und Säle in Gasthöfen zu berücksichtigen. Wenn es sich um Orte mit vorwiegend gegnerisch eingestellter Bevölkerung handelt, ist dies besonders zu vermerken. Die Angaben sind gewissenhaft zu machen! Termin 10. Februar hier eingehend. Bei diesen vorbenannten Anordnungen handelt es sich um Feststellungen, die im Hinblick auf die im kommenden Frühjahr beabsichtigten grossen Aufmärsche notwendig sind".

Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderem Nachdruck gerade einige Wochen vor dem wichtigen Termin der Reichspräsidentenwahl gefördert werden, gewinnen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man die in Göttingen gefundene Weisung eines SA-Führers berücksichtigt, der darauf hinweist, dass bei den Reichspräsidentenwahlen, besonders bei einem Siege des nationalsozialistischen Kandidaten, mit einem Einsatz der SA gerechnet werden müsse; und wenn man weiter die von dem gleichen SA-Führer aus diesem Anlass näher erörterte Bedeutung der drei Alarmstufen für die SA abwägt und mit diesen Vorbereitungen in Verbindung bringt :

Alarmstufe A = erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten. Auf dem Lande: Zusammenziehen vereinzelt wohnender SA-Männer zu den Scharen.

Alarmstufe B = Zusammenziehen der Trupps auf dem Lande; in der Stadt: Zusammenziehen der entfernt und in gefährdeten Gegenden wohnenden SA-Männer, letzte Vorbereitung für C. Für Stäbe: wichtigste Papiere vernichten, neue Dienststellen einrichten, Deckadressen für Meldungen. Sämtliche Verbände müssen sprungbereit sein.

Alarmstufe C = Mobilmachung. C erfordert volles Gepäck, Dienstanzug, der verdeckt mitgeführt wird, eiserne Rationen. Jeder SA-Mann muss für mindestens drei Tage Verpflegung mit sich führen. Alles hat in Zivil zu erscheinen".

Für die Vorbereitung des Einsatzes der SA in Auswirkung des Ergebnisses der Reichspräsidentenwahl spricht z.B. folgender Befehl 11/32 des Sturmbanners V/93 der Untergruppe Magdeburg-Anhalt in Dessau vom 29.2.1932, worin es unter Ziff.14 heisst:

"Dienst am Wahltag.

Jeder SA-Mann hat sich vorher (3.-6.3.32) zu erkundigen, ob sein Name in der Wahlkartei eingetragen ist.

Am Wahltag hat die gesamte SA bis spätestens Mittag 12 Uhr ihrer Wahlpflicht zu genügen.

Soweit nicht Sonderbefehle ergehen, haben die Stürme nächster Tage zu melden:

1. wo am Wahltag der gesamte, zusammengezogene Sturm abends 6 Uhr liegt.

Anzugeben sind:

- a) Sturm Nr.
- b) 13.3.32 abends ab 6 Uhr:
- c) Ort (wenn nicht am Standort des Sturms)
- d) Lokal.....des Herrn
- e) Telefon-Nr.....
- f) Stärke.

Sammelt sich der Sturm in seinem Standort, ist ein Lokal zu bevorzugen, das an der Grenze des Ortes liegt (Parteigenossen oder zum mindesten Gesinnungsfreunde).

Der Sturm bleibt hier in höchster Alarmbereitschaft (wie am ganzen Wahltag) liegen, marschfertig, und hat weitere Befehle abzuwarten. Ich erinnere an ständige, unauffällige Wache für das Lokal, Sturmführer hat auf keinen Fall seinen Sturm zu verlassen und sich in unmittelbarer Nähe des Telefons aufzuhalten, anderenfalls Vertretung zu stellen. Das Stabsquartier V/93 für den Wahltag wird noch bekannt gegeben. Für den Fall einer Zusammenziehung des Sturmbanners wird der Sammelpunkt in letzter Minute bekanntgegeben. Die Stürme haben sich alsdann auf kürzeste Wege in Eilmärschen an den namhaft gemachten Sammelpunkt zu begeben und dort vorschriftsmässig unter Angabe der Stärke zu melden. Sturmführer versorgen sich inzwischen nach Möglichkeit mit Karten des westlichen Sturmangebietes.

Die Stürme haben sich am 13.3.32 wie folgt auszurüsten:

Verpflegung für 2 Tage

ordentliches Schuhzeug

Dienstanzug verpackt (in tadelloser Ordnung)

Tornister oder Rucksäcke (Schlafdecke)

Handtuch, Seife und was dazu gehört".

Unter Ziffer 15 desselben Befehls wird der Transport einer Feldküche nach dem SA-Heim in Zerbst angeordnet, damit sie "am 13.3.32 dort bereits fertig verfügbar steht".

Ähnliche Anordnungen müssen allenthalben ergangen sein; in den verschiedensten Gegenden sind solche Zusammenziehungen von SA-Einheiten meist an Orten auf dem flachen Lande beobachtet und dabei bezeichnenderweise die Mitführung voller Uniform, meist im Rucksack oder Tornister verpackt, festgestellt worden.

Unter dem 9.März 1932 meldet z.B. die Untergruppe Pommern-Ost unter I a 748/32 an die Gruppe Ost in Berlin:

"Die Alarmierung der SA während und nach der Wahl im Falle von inneren Unruhen wurde durchgesprochen. Der Grenzfall wurde eingehend erörtert. Bericht hierüber ist an Sonderadresse abgegangen".

Die Standarte 31 in Altona hat für den 13.März 1932 anlässlich der Reichspräsidentenwahl u.a. folgendes angeordnet:

"1. der Sturmbann I/31, Altona, zieht alle nicht wahlberechtigten SA-Männer bereits am 12.3.32 abends aus der Stadt heraus und lässt diese auch am Wahltag im Landgebiet.

2. Die wahlberechtigten SA-Männer vollziehen die Wahl am 13.3. bis 9 Uhr vormittags. Sie sind dann sturmweise zusammenzuziehen und verbleiben bis eine Stunde nach Beendigung des Wahlganges auf dem vom Sturmbann angegebenen Ort innerhalb Gr.-Altonas. Erst dann wird die SA aus der Stadt herausgezogen.

3. Eine dieser Mitteilung vorausgegangene vertrauliche Anordnung des Sturmbannes I/31, welche besagte, dass die gesamte SA am 13.3.32 ab 9 Uhr vorm. die Stadt verlassen würde, hatte lediglich den Zweck, den politischen Gegner irrezuführen".

Allen diesen Beobachtungen und Feststellungen gegenüber muss die Motivierung des von der obersten SA-Führung für den 13.3.1932 gegebenen Alarmbefehls mit dem Wunsche, durch Zusammenhaltung der SA-Leute in ihren Unterkunfts- und Verkehrslokalen Zusammenstößen und Ausschreitungen auf der Strasse vorzubeugen, mehr als sonderbar erscheinen. Wozu denn volle Uniform, eiserne Ration und höchster Alarmzustand mit allen seinen Auswirkungen? Wozu die Zusammenziehungen auf Alarmplätzen und auf dem flachen Lande?

In diesem Zusammenhange erhalten auch der am 12.3.1932 im Kreise Einbeck beobachtete und unterbundene Transport von Militärwaffen, Munition- und Stahlhelmen und die Auffindung eines schweren Maschinengewehres und von Infanteriegewehren mit Munition bei dem Kreisleiter der NSDAP in Salzwedel am 13.3.1932 sowie die fast tägliche Feststellung von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten gerade auch in den Tagen um den 13.3.1932 ganz erhebliche Bedeutung. Am 12.3.1932 war der Polizei in Berlin eine Mappe mit Schriftstücken in die Hand gefallen, aus denen sich die Tatsache eines Befehls des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps an den Motortruppführer Möhring ergab, bis Montag (14.3.abends) beim Adjutanten der Untergruppe Ost mit seinem Wagen Dienst zu tun; es solle Munition und Waffen gefahren werden. Hierbei sollten offenbar 2 SA-Männer Eichhorst und Cochius helfen; bemerkenswert ist, dass in der Mappe auch Verpflichtungsscheine dieser beiden SA-Leute gefunden wurde, die handschriftlich ausgefertigt waren und folgenden Inhalt aufwiesen:

"Ich verpflichte mich über den Dienst am 12.3.1932 gegen jedermann Stillschweigen zu bewahren und den Dienort nicht zu verraten".

Bei der Durchsichtung eines nationalsozialistischen Büros am 17.3.32 in Berlin wurden Skizzen über die Lagerung von Bahnschutzwaffen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs am Schöneberger Ufer gefunden, die durch genaue Beschreibung der Möglichkeiten, wie man dieser Waffen habhaft werden könne, ergänzt wurden.

Die Nationalsozialisten haben im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen weist darauf hin, dass an Hand von sehr ins Einzelne gehenden Fragebogen, Übersichten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden und sonstigen Hoheitsverwaltungen sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden sind. Für Berlin sind solche Sammlungen in fünf starken Mappen entsprechend den 5 Bezirken Mitte, Norden, Süden, Osten und Westen der Parteiorganisation gefunden worden, die von jeder Sektion für die in ihrem Bereich befindlichen Einrichtungen, meist unter Angabe der Belegschaftsstärke und der mutmasslichen politischen Einstellung aufgestellt worden sind. Besonders aufschlussreich in dieser Beziehung ist eine viele Seiten lange bis in die kleinsten Einzelheiten sich vertiefende Ausarbeitung über den Generalmobilisationsplan für die lebenswichtigen technischen Betriebe der Stadt Wiesbaden. Der Plan regelt die militärische Besetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie der Verkehrsbetriebe und die Sicherung und Inbetriebnahme unter besonderer Leitung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Selbst die zu entfernenden Beamten und Angestellten sind schon namentlich festgelegt worden und als neuer Leiter der "Pg. Reg. Bau-meister Otto Schmalbruch", z.Zt. in Braunschweig, vorgesehen. Von Bedeutung

ist auch die gegebenenfalls geplante Unbrauchbarmachung gewisser Wasserzuleitungen durch Abschalten oder Zusatz von Anilinfarben zur Beunruhigung streikender Arbeiter. Zum Schlusse dieses Generalmobilmachungsplanes führt der Kreisleiter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation aus, dass von der genauen Befolgung der einzelnen Befehle das Gelingen der gesamten politischen Aktion im wesentlichen abhängt. Die Kreisleitung könne für die Sicherstellung der lebenswichtigen Betriebe nur dann garantieren, wenn sowohl die politische als auch die militärische Leitung für ihr Teil die restlose Durchführung der gegebenen Pläne und Anordnungen garantieren.

SPD. Köln, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Polizei nahm in einem Buchladen, der als kommunistisches Verkehrslokal diente, 40 Personen fest. Bei der Durchsuchung des Geschäfts wurden ein Trommelrevolver mit Munition und insgesamt 65 Hieb- und Stichwaffen gefunden, darunter feststehende Messer, Beile, Eisenrohre, Gummiknüppel und Stuhlbeine. Das Lokal wurde polizeilich geschlossen. Die Beschuldigten wurden dem Richter vorgeführt.

SPD. München, 5. April (Eig. Drahtb.)

In dem Beleidigungsprozess Hitlers gegen die "Münchener Post" wegen der von dieser veröffentlichten angeblichen Schwarzen Liste des Braunen Hauses wurde der beklagte Schriftleiter Gruber am Dienstag zu der ausserordentlich hohen Geldstrafe von 2 000 Mark verurteilt. Das Gericht erachtete es für nicht erwiesen und nicht erweislich wahr, dass im Braunen Haus sogenannte Schwarze Listen angefertigt wurden.

Als letzter Zeuge wurde der bisher nicht erreichbar gewesene 32 jährige Führer der Nachrichtenabteilung des Braunen Hauses Graf de Moulin-Eckart gehört. Er bestritt natürlich, dass jemals von nationalsozialistischen Führern im Braunen Hause derartige Mordlisten angefertigt worden seien und bestritt ferner, den Auftrag gegeben zu haben, die "Münchener Post" mit der gefälschten Liste hereinzulegen. Hitlers Rechtsanwalt Frank II bot sogar Beweis dafür an, dass überhaupt von keinem der im Braunen Hause wohnenden Führer der NSDAP jemals Mordlisten angefertigt worden seien. Auf die kitzlige Frage, ob dieses Beweisangebot auch auf jenen vom Hauptmann Göhring im Oktober 1923 erlassenen Armeebefehl sich beziehe, worin den Führern befohlen wird, "sich jetzt die Persönlichkeiten auszusuchen, deren Beseitigung notwendig ist," erwiderte Frank II mit der beachtenswerten Feststellung, dass die NSDAP erst seit dem 16. Februar 1925 bestehe. Er leugnet also, und das ist aus dem Munde des prominenten Nazivertreters immerhin sehr interessant, die Kontinuität der heutigen NSDAP mit der Hitlerpartei vom Oktober 1923. Aus dem Plädoyer dieses Nazianwalts, der eine empfindliche Freiheitsstrafe verlangte, verdient folgende Äusserung festgehalten zu werden: "Hitler hat gar nicht nötig, illegal zu sein. Er wird legal zur Macht kommen und sei es auf dem Wege über Koalitionen".

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Weissenbergs Konkurrent.

SPD. Gewisse Züge in der Hitler-Bewegung lassen sich nur noch dadurch erklären, dass ein grosser Teil seiner Anhänger vom Massenwahn ergriffen ist. Die Versammlungen Hitlers bekommen immer mehr Ähnlichkeit mit den Versammlungen des Propheten Weissenberg, der in Berlin seine Gläubigen mit weissem Käse kuriert. Wie beim Anblick dieses Propheten, der im übrigen durchaus einen Bierphilister gleicht, Frauen in Krämpfen zur Erde fallen und ekstatische Schreie ausstossen, so gebärden sich jetzt namentlich Frauen aus dem Mittelstand beim Anblick Hitlers in den Hitler-Versammlungen gleichermassen. Sie bekommen Verzückungen, Krämpfe, schreien laut auf, kurzum, sie bieten das Bild von Menschen, die vom Wahn erfasst sind.

Der Massenwahn kommt auch in der Presse zum Ausdruck. In der "Eisenachener Zeitung" stand eine Aufforderung, Hitler zu wählen, in der es hiess:

"Lasset vier Wochen nach seiner Wahl ins Land gehen und Ihr werdet den Segen des Nationalsozialismus zu spüren beginnen. Eure Äcker werden freudiger grünen, Eure Kühe und Pferde freudiger ihre Herren begrüßen, Euer Ingesinde Euch freudiger gehorchen. Wissen sie doch, dass es nach dreizehn Jahren des Leides und der Schmach wieder bergauf gehen wird in Reich und Ländern, Städten und Dörfern."

Natürlich, die Kühe werden es wissen! Wenn das so weiter geht, wird man nächstens noch versprechen, dass die Sonne heisser scheinen werde, und dass Hitler nach Belieben Wind und Sonne, Regen und Wetter machen werde!

In einer anderen Zeitung, im "Andreasberger Anzeiger" schreibt ein Verzückter die folgende Verherrlichung Adolf Hitlers:

"Hervorragendster Redner der Gegenwart, der bedeutendste Organisator der Gegenwart, der bedeutendste Agitator der Gegenwart, der hervorragendste Staatswissenschaftler und Schriftsteller im Weltall, ein Phänomen der Weltgeschichte ein sogenannter Säkularmensch."

Der grösste Mann des Weltalls - also nicht mehr eine irdische, sondern eine überirdische Angelegenheit. Warum nicht gleich Hitler, unser Herr und Gott? Es fehlt nicht mehr viel bis dahin. Was werden die vom Massenwahn Ergriffenen tun, wenn sie aufwachen, wenn die Enttäuschung kommt und aus dem Konkurrenten von Jesus Christus wieder der kleine Mann mit dem beschränkten Verstand aus Braunau am Inn wird, der die Konjunktur eines allgemeinen Massenwahns für sich erfasst hat?

Spotten ihrer selbst...

Der Bundesführer des Stahlhelms verschickt jeden Monat einen gedruckten Brief für die Ortsgruppenführer. Im Märzbrief finden wir die folgende Betrachtung über das Parlament:

"Wie Sie denken, so denken viele. Wir geben Ihnen ein Stimmungsbild aus einem Kameradenbrief während der Wahlzeit, in dem es heisst: "Wir alle haben eben die fast unüberwindliche Abneigung des Soldaten gegen Parlamente und Parlamentarier". Wer erinnert sich nicht als die ersten Reichstagsabgeordneten an der Front erschienen, kamen sie uns wie Abgesandte einer versunkenen Welt, wie Defaitisten, wie komplette Narren vor. Der erste Gedanke war: Steckt die vollgefressenen Kerle in einen grauen Rock und in ein Rekrutenlager, und der zweite Gedanke: Wie sagte doch der alte Blücher einstens, was das Schwert gewonnen, verderben die verdammten Federfuchser. Zum Teufel mit Euch Federfuchsern, ver-schwindet Ihr Redner und Quasselfritzen, hier wird scharf geschossen. Weiter-

gehen, hier wird scharf geschossen."

Das ist so richtig für die noch grünen Jungen gemacht, die den Krieg nur vom Hörensagen kennen! Sie brauchen nichts davon zu wissen, dass der erste Reichstagsabgeordnete, der an der Front erschien, der Sozialdemokrat Ludwig Frank war, der als Kriegsfreiwilliger in den ersten Tagen des Krieges fiel. Sie brauchen auch nichts davon zu wissen, dass die Parlamentarier während des Krieges ebensowenig vollgefressene Kerle waren wie das ganze hungernde Volk und dass die Front immer noch besser ernährt war als das Hinterland. Aber warum mit den Leuten rechten, die solche Stimmungsbilder verfassen, die ohne weiteres verraten, dass sie zur Zeit des Krieges noch in den Windeln lagen. Wir fragen uns nur eins: Wie kommt es denn, dass sie sich alle so heftig bemühen in die Parlamente zu kommen, und Parlamentarier zu werden, Federfuchser Redner und Quasselfritzen - trotz der "fast unüberwindlichen Abneigung gegen Parlamente und Parlamentarier"? Die Abneigung ist eben nur fast unüberwindlich und mit Hilfe dieses "fast" ist sie sogar zu einer sehr beträchtlichen Zuneigung geworden!

Hitlers Versprechungen.

Wir finden eine beissende Verhöhnung der nationalsozialistischen Agitation, wie sie nicht schärfer gedacht werden kann ausgerechnet in einer von dem nationalsozialistischen Gauleiter von Oberbayern herausgegebenen nationalsozialistischen Wahlzeitung. Da wird folgende Anekdote erzählt:

Ein Spatz vom Land trifft einen Spatzen aus der Grosstadt und fragt ihn, wie es ihm geht. Der antwortet: "O mei, miserabel geht's. Droschken ham mir koane mehr, a Pferd siehst überhaupt nimmer. Und die Autos, da balst ma net gehst! In der ersten Zeit hab' i mi allweil hint draufg'hockt und hab g'wart, ob was kimmt. Na hat's allweil pst ... pst ... pst ... g'macht, aber von dö ewigen Versprechungen kannst ja doch auch net leben!"

Das ist anscheinend der Aufschrei eines Nazimannes, der langsam zur Einsicht kommt und der sich überlegt, dass er nun schon geraume Zeit hinter Hitler herläuft und seinen ewigen Versprechungen zuhört, dass dabei aber eben nur ein pst! pst! herauskommt und nichts Reelles!

Nazis unter sich.

Der Gauredner und Sektionsführer Bures der Nazis in Bonn bekam Krach mit einer nationalsozialistischen Frau. Er liess darauf unter den Bonner Nazis ein Rundschreiben umhergehen, das folgendermassen begann:

"Ihr gemeines und Ihrem Charakter entsprechendes Verhalten zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Wenn Sie geglaubt haben, mich durch Ihr provozierendes Verhalten, zu einer Unbesonnenheit zu verleiten, das heisst, dass ich mich vielleicht herabgelassen hätte, Ihnen einige in Ihre verdammte Presse zu hauen, so werden Sie eine Enttäuschung erlebt haben, weil ich rechtzeitig Ihre hinterhältige Absicht durchschaut habe."

Dies Dokument nazideutscher Bildung enthält weiter die folgenden Blüten: Dreckige Gesinnung, gemeiner Charakter, widerliches Frauenzimmer, Götz von Berlichingen, Gassenweib, Gottverfluchtes Maulwerk. Die andere Seite war auch nicht faul. Wegen dieses lieblichen Briefes erhielt der Nazimann Bures von der Freundschaft der Angegriffenen kräftige Prügel mit einer Hundepötsche. Das ist doch noch die wahre Kameradschaft und die wahre Vornehmheit, die zur sittlichen Erneuerung Deutschlands berechtigt!

Aus aller Welt

Die "SA." des Mittelalters.

Nazi-Terror im Spiegelbild des Landknechtswesens - Condottiere Hitler - Alles schon da gewesen!

SPD. Auch das Mittelalter hatte seine Nazis, seine "SA": das Landsknechtstum. In jener Zeit, als das Rittertum - wir würden sagen: die alte Armee - seine geschichtliche Rolle ausgespielt hatte, trat die neue, eigenartige Erscheinung vor die Öffentlichkeit des "Heiligen römischen Reiches deutscher Nation". Galt es vordem unter den Kreisen, die sich für besonders bevorrechtigt hielten, den Rittern und Adligen, als selbstverständlich, dass das Kriegshandwerk nur von den "Edelsten der Nation" ausgeübt wurde, so änderte sich diese Anschauung schnell, als das Rittertum seine Kriegstüchtigkeit eingebüsst hatte. Jetzt tauchten plötzlich uralte, vorchristlich-germanische Ideen von der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes wieder auf. Die Bürger und Bauern, bisher verschmäht und über die Achsel angesehen, wurden unter der erstmalig auftauchenden Parole "Für Kaiser und Reich" von den kriegslustigen Fürsten herangelockt. Und sie kamen, glücklich über die hohe Ehre, die ihnen zuteil wurde, für ihren obersten Kriegsherrn Leben und Gesundheit riskieren zu dürfen.

Verbrecher, Abenteurer, Raufbolde.

Aber die Truppe der "Landsknechte", wie man sie taufte, sammelte sofort andere Elemente um sich, als die Verfechter des Wehrpflichtgedankens ursprünglich erhofft hatten. Die Bürger und Bauern, die bei ihrem Eintritt in die Landsknechtstreffen Wams und Schuhe, Blechhaube und Harnisch, Schwert, Spiess oder Hakenbüchse mitbringen mussten, blieben bald in der verschwindenden Minderheit, und das Gros der schlecht besoldeten Truppe bestand aus Existenzen, die nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hatten: wurzellose Wandergesellen; hergelaufenes Gesindel, Bettler, Verbrecher, Abenteurer, Raufbolde. Die französische Ritterschaft, die vor Padua zusammen mit den Landsknechten stürmen sollte, weigerte sich, Schulter an Schulter mit solchen Soldaten zu kämpfen... In Deutschland selbst scheint es solche Bedenken nicht gegeben zu haben. Viele Adlige legten ihren Hochmut ab und gingen unter die Landsknechte; Mitglieder des Herrscherhauses wurden zu Söldnerführern, und sogar Kaiser Maximilian I. stellte sich einmal selbst an die Spitze einer Landsknechtschar, mit dem Spiess auf der Schulter, und zog so in Köln ein. Der Zweck heiligte schon damals die Mittel, und Maximilian dürfte nicht viel anders gedacht haben als heute der Exkronprinz, wenn er an die Seite des Braunauer Landsknechtführers tritt.

Nur noch ganz kleingedruckt...

Es ist besonders interessant, dass nicht nur die Institution der heutigen deutschen faschistischen Garden, sondern auch die der Landsknechthaufen aus Italien viele Elemente übernahm. Der Name "Condottiere", wie man die Führer dieser Soldateska bezeichnete, sagt schon genug. Es gab eine Reihe von "Hitlers, Röhm's und Goebbels'", deren Name aber heute nur noch ganz kleingedruckt in den Geschichtsbüchern zu finden ist, so gross auch die Bedeutung war, die man ihnen zu ihrer Zeit beimass. Sie stammten aus Italien, Deutschland, Frankreich, Böhmen, Oesterreich, und die Motive, unter denen sie ihre Leute zusammenzuhalten wussten, waren Beutegier, Abenteurerlust, Raufdrang. Ungeheuerliche Ausschreitungen wurden zur Selbstverständlichkeit überall da, wo sich ein solcher Haufe wüster Kerle sehen liess, um für irgend einen Fürsten gegen irgend einen anderen Fürsten ins Feld zu ziehen. Einrichtungen, wie die eines "Rollkommandos", gab es schon damals: etwa die der "Brandknechte" unter Führung des "Brand

meisters*, der das Sengen, Brennen und Brandschatzen systematisch und kunstgerecht leitete. Je gründlicher er diese Zerstörungsarbeit ausführte, umso geachteter war er.

Grimmelshausen, der Chronist des Dreissigjährigen Krieges, kennzeichnet die Landsknechte mit ihren "Werken": "Fressen, saufen, huren und buben, schlemmen und demmen, rassten und spielen, morden und totschiagen, rauben und plündern... und in Summa nur verderben und beschädigen war ihr ganzes Tun und Wesen."

"Ein unnütz Volk"

Die Blütezeit der Landsknechte war nur kurz. Schienen sie anfangs unter nationalen Gesichtspunkten zu kämpfen, so wurde das Kriegführen bald zum Selbstzweck und zur gern wahrgenommenen Gelegenheit, sich durch Raub und Plünderung zu bereichern. Die Landsknechte scherten sich wenig darum, in wessen Diensten sie standen. Der Condottiere vermietete sich und sie an jeden Fürsten, der sie haben wollte, und im Lauf der Zeit waren dies immer mehr ausländische Herrscher. Dazu kam, dass die deutschen Fürsten gern eine "Inflation" veranstalteten, um sich den Luxus des Kriegführens erlauben zu können: sie liessen "leichteres", minderwertiges Geld prägen und bezahlten damit die Landsknechte. Die aber wurden die schlechten Münzen nicht wieder zum vollen Wert los, und da bald auch die ausländischen Herrscher genug hatten von der Korruption, die sie mit den Landsknechthaufen in Kauf nehmen mussten, so begann damit die Auflösung der Truppen. Nun wurden die Landsknechte "hauptberuflich" Räuber, Plünderer, Betrüger und somit eine entsetzliche Landplage. Eine zeitgenössische Chronik sagt: "Ein unnütz Volk, das ungefordert, ungesucht Umlaufe und Kriege und Unglück sucht, ein unchristlich und verloren Volk, dessen Handwerk ist Hauen, Stechen, Rauben, Brennen, Morden, Spielen, Saufen, ja, das sich an anderer Leute Unglück freut und mit Jedermanns Schaden nährt."

Klingende Münze - misstönendes Ende

Man braucht nicht weit zu suchen, um die Parallelen zwischen dem Menschenmaterial, das sich in den Landsknechthaufen sammelte, und dem, das heute die S.A. der Nazis bildet, zu sehen. Hier wie dort der Missbrauch entwurzelter Existenzen; hier wie dort der Köder des Nationalismus, unter dem sich alles Negative so leicht entschuldigen lässt; hier wie dort die Spekulation auf das Austobendürfen niedrigster Instinkte; hier wie dort der selbstsüchtige Endzweck Einzelner, die sich der Soldateskabanden so lange bedienen, als es ihnen in den Kram passt. Man kann sich darauf verlassen, dass auch das Ende der S.A. nicht anders sein wird als das der Landsknechthaufen; es wird in dem Augenblick beginnen - und er ist nah! -, in dem der versprochene Sold in unbrauchbarer Münze gezahlt werden wird.

Ela.

+ + +

Aus der Devisenchronik. In Frankfurt am Main wurde auf Veranlassung des Landesfinanzamts Kassel der Privatbankier Dr. Walter Imhäuser verhaftet. Dr. Imhäuser soll gemeinsam mit einem aus Deutschland geflüchteten Dr. Schweizer gesetzlich unzulässige Devisengeschäfte mit schweizer Geschäftsleuten gemacht haben.

Ferner ist ein Verfahren eingeleitet worden gegen den im Ausland weilenden Schriftsteller Erich Maria Remarque. Sein Konto bei der Danatbank in Höhe von 20 000 Mark wurde auf Veranlassung der Zollfahndungsstelle, die auch die Anzeige erstattete, beschlagnahmt. Der Rechtsvertreter des Schriftstellers weist daraufhin, dass Remarque schon lange vor dem für die Kapitalfluchtverfolgung gültigen Stichtag nach der Schweiz verzogen sei; im übrigen wären sämtliche seit der Auswanderung fällig gewordenen deutschen Steuern in Berlin pünktlich entrichtet worden.

Ebenfalls auf Veranlassung der Berliner Zollfahndungsstelle wurde die

Schauspielerin Rita Mengelkoch wegen Verstosses gegen die Devisenordnung festgenommen, jedoch nach eingehendem Verhör wieder auf freien Fuss gesetzt. Fräulein Mengelkoch soll bei Devisenschiebungen Beihilfe geleistet haben.

+ + +
Prozess Scheringer. Am Donnerstag beginnt vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Hauptverhandlung gegen den früheren Reichswehrleutnant Scheringer; die Anklage lautet auf Hochverrat. Scheringer war im Oktober 1930 vom Reichsgericht Leipzig gemeinsam mit den beiden Leutnants Wendt und Ludin wegen nationalsozialistischer Zellenbildung in der Reichswehr zu 1 Jahr Festung verurteilt worden. Auf der Festung Gollnow, wo Scheringer seine Strafe verbüsst, wandelte sich der Nationalsozialist zum Kommunisten. Einige Schreiben, die Scheringer von Gollnow aus an die kommunistische Organisation richtete, tragen nach Annahme der Reichsanwaltschaft hochverräterischen Charakter. Die Voruntersuchung nahm aussergewöhnlich lange Zeit in Anspruch.

+ + +
Enttäuschung. Bei der Testamentseröffnung des vor etwa 2 Wochen verstorbenen amerikanischen Kodak-König Eastman hat sich herausgestellt, dass der Verstorbene "nur" ein Vermögen von etwa 20 Millionen Dollar, das hauptsächlich der Universität Rochester zufallen wird, hinterlässt. Bisher hatte man den Eastman'schen Nachlass auf ungefähr 300 Millionen Dollar geschätzt.

+ + +
Mord mit der Nazikette. Vom Schwurgericht beim Landgericht I Berlin wurde am Dienstag der zweiundzwanzigjährige Kurt Thieme, der des Raubmordes an seiner Tante angeklagt war, zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Der wegen Diebstahls bereits vorbestrafte Angeklagte, seit vier Jahren Mitglied der NSDAP, hatte die Wohnung seiner sechzigjährigen Tante in Moabit, einer Frau Schimmelpfeng, aufgesucht und die Abwesenheit der Tante zur Durchsuchung der Räume benutzt. Thieme vermutete, dass Ersparnisse vorhanden seien. Das Gericht unterstellt nun, dass der Angeklagte einen Diebstahl beabsichtigt hatte. Frau Schimmelpfeng kam jedoch vorzeitig in ihre Wohnung zurück. Der junge Mann war überrascht, stürzte sich im Affekt auf seine Tante und warf ihr von hinten eine Kette um den Hals, die er angeblich zum Schutz gegen Ueberfälle bei sich trug. Frau Schimmelpfeng schrie: "Kurt, was machst Du da, lass los!" - die Kette riss; Thieme packte die Greisin an der Kehle und erwürgte sie. Der Mörder wurde am nächsten Morgen in der Wohnung seiner Freundin verhaftet. Das Strafmass wurde durch den Umstand bestimmt, dass der Angeklagte "bei Unternehmung einer strafbaren Tat vorsätzlich einen Menschen tötete, um sich der Ergreifung zu entziehen."

+ + +
Drama einer Jugendliebe. Das erweiterte Schöffengericht Köln verurteilte am Dienstag einen einundzwanzigjährigen Kaufmann aus Barmen wegen Tötung auf Verlangen und verbotenen Waffenbesitzes zu drei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen und die Strafe auf drei Jahre ausgesetzt. Der Verurteilte hat am Morgen des 7. Januar in einem Kölner Privathotel die fünfzehnjährige Tochter eines Barmer Ingenieurs erschossen. Der junge Mann war die fünfzehnjährige im Hause ihres Vaters kennen gelernt. Bald waren die Beziehungen herzlicher geworden. Als die jungen Menschen befürchteten, dass infolge einer Denunziation die Beziehungen offenkundig und gewaltsam von dritter Seite beendet werden könnten, beschlossen sie gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Als sie am Morgen des 7. Januar in dem Kölner Hotel, das sie bezogen hatten, durch Klopfen an der Tür geweckt wurden, sagte das junge Mädchen: "Nun schiess doch los, bevor nochmals geklopft wird!" Der junge Mann gab dann auf das Mädchen einen tödlichen Schuss ab und jagte sich schliesslich selbst eine Kugel in den Kopf. Wie durch ein Wunder blieb er aber am Leben.

Wirtschaft Technik Handel

Vertrauensvotum.

Hindenburgwahl und Wirtschaftsentwicklung.

SPD. Ein amerikanischer Zeitungsmann hat vor einigen Tagen eine Artikelreihe über die deutsche Wirtschaftskrise geschrieben. Dabei konnte er einige gallige Bemerkungen nicht unterdrücken: "Deutschland", so sagte er, "das wie alle anderen Länder schwer mit der Krise zu kämpfen hat, erlaubt sich einen seltsamen Luxus! Deutschland wählt, zwei Monate lang. Als ob es keine anderen Sorgen hätte". Gewiss, dem gesunden Menschenverstand ist einleuchtend, dass Zeit, Geld und Energie besser zu verwenden wären als im Kampf für und gegen Hitler. Andererseits ist nicht zu bestreiten, dass gerade das deutsche Wirtschaftsleben eine Klärung braucht, die eben nur durch den viel gelästerten Parlamentarismus, durch die Wahlen herbeizuführen ist. Vor allem die Hindenburgwahl. Es wird aber immer noch übersehen, dass die Bedeutung und Folgewirkung gerade der Reichspräsidentenwahl nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Auch das Wirtschaftsleben braucht ein Vertrauensvotum. Die Wahl am kommenden Sonntag muss dieses Vertrauensvotum schaffen. Für das Inland, aber auch für das Ausland.

Die Darlegung der Wirtschaftstheoretiker geht dahin, dass die Wirtschaftskrise theoretisch überwunden ist. Das ist immerhin angenehm zu hören. Aber wo sind die Punkte, wo man ansetzen könnte, um die Krise auch praktisch zu überwinden? Um die Wirtschaft anzukurbeln? Die Wirtschaftsathleten um Hitler haben da ein höchst einfaches Rezept. Sie predigen unkritischen Gemütern, dass man nur Hitler zu wählen brauche - und alles, alles werde anders. Wenigstens ein Versprechen, wenigstens eine Prophezeiung. Aber in Deutschland, wo in der Not der Wirtschaftskrise viele Leute aus allen Ständen und Berufen, noch ehe nach dem bekannten Wort Hitlers Köpfe gerollt sind, ohne Kopf herumlaufen, wird vieles versprochen. Wir wollen schon glauben, dass es im Dritten Reich anders wird. Aber nicht, dass es besser wird. Wir viel gelästerten Marxisten haben schon das Verantwortungsgefühl, klarzustellen und nach Möglichkeiten zu suchen, um Handel und Wandel wieder in Schwung zu bringen und für Millionen von Arbeitslosen Verdienst und Brot zu schaffen. Von Versprechungen kann man eben nicht leben. Diese Methoden der Nationalsozialisten haben wir ja schon bei den Kommunisten kennen gelernt. Wir Marxisten können diesen Volksbetrug nicht verantworten und nicht mitmachen.

Welche Möglichkeiten bieten sich aber für eine Besserung unseres Wirtschaftslebens? Sicherlich, der Wirtschaftspessimismus grassiert nicht mehr so fürchterlich wie im vorigen Winter. Man betrachtet die Dinge gegenwärtig in der Wirtschaft optimistischer. Die Initiative, der Drang, neue Geschäfte anzuknüpfen, regt sich wieder. Das sind gute Voraussetzungen, die zu einer Linderung der Krise führen können. Die Regierung arbeitet mit Hilfe der marxistischen Gewerkschaften an einem grossen Arbeitsprogramm, für das bis Ende des Jahres 1932 rund 2 Milliarden Mark vorgesehen sind und das über 1½ Millionen Menschen Arbeit und Brot geben soll. Wir können uns denken, dass ein solches Programm ein starker Hebel ist, um die Wirtschaft aus dem Sumpf der kapitalistischen Krise zu heben. Man soll nur 1½ Millionen Menschen wieder arbeiten lassen und man wird bald merken, wie das die ganze Wirtschaft befruchtet! Was sich gegenwärtig in der Krise schwarz ansieht, wird bald weiss erscheinen.

Aber zur Durchführung dieses Programms braucht man Geld - und hier ist die Naht, wo die erwartete Ankurbelung der Wirtschaft mit den bevorstehenden Wahlen in Deutschland zusammenhängt. Einen Teil der notwendigen Kredite zur Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms wird die Reichsbank gewähren können. Die Zusage liegt vor. Aber die von der Reichsbank zur Verfügung gestellten Summen dürften nicht genügen. Man wird andere Geldquellen suchen müssen. Sie sind zu finden. Rund eine Milliarde Mark wird heute von der deutschen Bevölkerung im Strumpf bewahrt. Man vertraut sie nicht den Sparkassen, den Banken, der Wirtschaft an, weil man für den Fall, dass der Hitler'sche Bürgerkrieg losgeht, einen Notpfennig in der Hand haben will. Ganz erklärlich. Aber das durch Misstrauen der Wirtschaft entzogene Geld bedeutet Arbeitslosigkeit, bedeutet Wirtschaftselend. Man mache einmal Schluss mit dem Geschrei vom Bürgerkrieg und vom Dritten Reich und Hunderttausende in Deutschland werden wieder das Gefühl der Sicherheit bekommen. Hunderttausende werden einsehen, dass es ein Wahnsinn ist, sein Geld im Strumpf zu verstecken oder im Brustbeutel mit sich herumzutragen anstatt es auf Zinsen zu legen und in der Wirtschaft arbeiten zu lassen. Die Milliarde, die das Vertrauen zu geordneten Zuständen, das Vertrauen zur Ruhe und Sicherheit, zum Bürgerfrieden und zur besseren Wirtschaftsentwicklung in Deutschland wieder der Wirtschaft zuführen würde, reichte hin, um das oben erwähnte Wirtschaftsprogramm zu erheblichem Teil zu finanzieren. Dann würde auch das Ausland wieder Vertrauen zu uns haben und unserer Wirtschaft Geld zur Verfügung stellen. Ueber 8 Milliarden Mark sind in der, nicht zuletzt von der nationalsozialistischen Agitation verschuldeten Bankenkrise vom Ausland, aus Deutschland abgezogen worden. Sie fehlen unserer blutleeren Wirtschaft heute wie den Arbeitslosen das liebe Brot. Man kann hin- und herreden über Verschuldung der Wirtschaft, Verschuldung Deutschlands, gegenüber dem Ausland. Mit dieser Rede kommt man aber nicht über die Tatsache hinweg, dass Deutschland Auslandsanleihen in Zukunft braucht, um seine Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Immerhin sind Auslandsanleihen, produktiv angelegt, ungefährlicher als die gegenwärtige Grabes- und Friedhofsrufe in unserer Wirtschaft.

Dass wir den Weg der Wirtschaftsbesserung und des inneren Friedens gehen können, deshalb wählen wir am Sonntag Hindenburg. Ein Sieg Hitlers würde die Unruhe und die Unsicherheit in Deutschland steigern. Eine neue Welle des Wirtschaftspessimismus würde über Deutschland gehen und die Betriebe und die Geschäfte lähmen. Das darf nicht sein! Wenn sich die Hindenburg-Mehrheit aber am Sonntag vergrößert, dann ist das ein Vertrauensvotum für die deutsche Wirtschaft. 20 Millionen Deutsche müssen am Sonntag bekunden, dass sie dieses Vertrauen zur deutschen Wirtschaft haben. Dass sie eine Besserung der Wirtschaft wollen. Deshalb gehört unsere Stimme am Sonntag: Hindenburg!

SPD. Das Branntweinmonopolamt legt für das Geschäftsjahr 1930/31 (vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931) einen Abschluss vor, der ein einziges Beweis für die Reformbedürftigkeit des Monopolamtes ist. Der Reinüberschuss hat sich von etwa 212,47 Millionen Mark im Vorjahr auf 203,93 Millionen Mark verringert. Die Einnahmen an Steuern auf Branntwein sind allein gegenüber dem Vorjahr um 10 Millionen Mark zurückgegangen. Die Einnahmeverringerung erklärt sich durch den zurückgehenden Absatz an Trinkbranntwein. Im Jahre 1929/30 wurden noch 388 367 Hektoliter Trinkbranntwein abgesetzt; im Jahre 1930/31 nur 359 692 Hektoliter. Die Zahlen bedeuten, dass sich der Absatz an Trinkbranntwein gegenüber dem Geschäftsjahr 1928/29 um die Hälfte gesenkt hat.

Der Absatz an Branntwein insgesamt wird mit 2,023 Millionen Hektoliter angegeben gegenüber 2,038 Millionen Hektoliter im Vorjahr. Die Zahlen geben jedoch eine völlig falsche Vorstellung von der Absatzlage. Bei dem eigentlichen Absatz von Spiritus für technische Zwecke ist tatsächlich ein Absatzverlust gegenüber dem Vorjahr in Höhe von fast 220 000 Hektoliter festzustellen. Dieser

Ausfall wird dadurch ausgeglichen, dass sich der Absatz an Treibstoffspiritus infolge des Beimischungszwanges von 235 000 Hektoliter im Jahre 1929/30 auf über 508 500 Hektoliter erhöht hat. Die Ausfuhr an Brennspritus ist von fast 31 000 Hektoliter auf 4 900 Hektoliter gefallen.

Am Beginn des Geschäftsjahres 1930/31 sass das Branntweinmonopolamt auf 1,578 Millionen Hektolitern fest. Im Laufe des Jahres wurden 2,455 Millionen Hektoliter übernommen (gegenüber 2,741 Millionen im Vorjahr). Die Vorräte steigerten sich damit auf 2,456 Millionen Hektoliter (Vorjahr = 2,741 Millionen). Am Beginn des Geschäftsjahres 1931/32 waren 1,992 Millionen Hektoliter, also Vorräte im Ausmass von 2 Millionen Hektolitern vorhanden. Die Vorräte des Branntweinmonopolamtes haben sich also danach, trotz des Beimischungszwanges, wiederum erheblich und ins Unerträgliche gesteigert. Die Unterhaltung dieser gewaltigen Läger kostet dem Reich Millionen und es wäre besser, man würde die Kartoffeln, die man alljährlich zu sehr teurem Branntwein verbrennt, den Arbeitslosen schenken. Der Verlust wäre dann für das Reich, das die Kartoffelbauern entschädigt, weit geringer, als wenn es von Jahr zu Jahr ungeheure Branntweinbestände durchschleppt. Ein entsprechender Antrag ist von der Sozialdemokratie befürwortet worden; er stiess jedoch nicht auf Gegenliebe. Auch die Herabsetzung der Verkaufspreise, deren Ueberhöhung vom Branntweinmonopol in seinem Bericht betont wird, lässt immer noch auf sich warten.

Es wäre aber falsch, die missliche Lage des Branntweinmonopols allein auf die Branntweinsteuern und auf die hohen Branntweinverkaufspreise zurückzuführen, wie das im Bericht des Monopols der Fall ist. Ausschlaggebend ist die verkehrte Brennpolitik und die Branntweinliebesgabenpolitik. Das Monopol sagt selbst in seinem Bericht, in einer Art Selbstverteidigung vor der Öffentlichkeit, dass es in einer Zeit schlimmster Wirtschaftskrise mit zurückgehendem Spiritusverbrauch und "trotz der hohen Bestände, die ein Brennrecht von höchstens 51 Prozent rechtfertigen", unter Druck der grossagrarisches Politik gezwungen wurde, das Brennrecht auf 70 Prozent und später auf 80 Prozent zu erhöhen. Man hat also lieber Fusel gebrannt als den Arbeitslosen Kartoffeln zu geben. Das ist grossagrarisches Politik, die im Schlepptau Hitlers segelt. Sie kostet dem Reich jährlich Dutzende von Millionen und die Dinge werden nicht anders, bis das Reich seine Fuselliebesgabenpolitik anders einstellt.

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt teilt für den Saatenstand in Preussen für Anfang April 1932 mit, dass sich bis jetzt noch nicht übersehen lasse, wie weit die Schwankungen in der Temperatur während der Monate Februar und März sich ungünstig ausgewirkt haben. Wenn die Begutachtungsziffern 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering bedeuten, ergibt sich, soweit eine Beurteilung der Feldbestände möglich ist, folgender Saatenstand: Winterweizen Anfang April 1932 = 3,2 (Anfang Dezember 1931 = 2,7, Anfang April 1931 = 3,0), Winterroggen Anfang April 1932 = 3,1 (Anfang Dezember 1931 = 2,7, Anfang April 1931 = 3,0), Wintergerste Anfang April 1932 = 3,1 (Anfang Dezember 1931 = 2,6, Anfang April 1931 = 2,9), Raps und Rüben Anfang April 1932 = 3,2 (Anfang Dezember 1931 = 2,5, Anfang April 1931 = 3,1), Klee Anfang April 1932 = 3,2 (Anfang Dezember 1931 = 2,6, Anfang April 1931 = 3,2), Wiesen Anfang April 1932 = 3,4 (Anfang Dezember 1931 = ... Anfang April 1931 = 3,3), Viehweiden Anfang April 1932 = 3,5 (Anfang Dezember 1931 = 2,9, Anfang April 1931 = 3,3).

Der Kunstdünger Aufwand werde in allen Gebieten Preussens erheblich eingeschränkt. Ob aufgrund der Kredit- und Wirtschaftsschwierigkeiten Flächen unbestellt bleiben werden, hänge davon ab, ob die Landwirte hinreichend Saatgut erhalten, das in den verschiedensten Gegenden bereits knapp geworden sei.

SPD. Die Sächsische Staatsbank in Dresden legt ihren Abschluss für das Jahr 1931 vor. Nach Abzug von 2,79 Millionen Mark an Unkosten (1930 = 2,88 Millionen Mark) und von 39 000 Mark Abschreibungen auf Einrichtungen und Baukosten verbleibt ein Betriebsgewinn von 2,25 Millionen Mark. Die erforderlichen Abschreibungen und Rückstellungen, die sich bei den Schuldnern, den Wertpapieren und dauernden Beteiligungen nötig machten, sind aus den Erträgen des Jahres der Sonderrücklage und zu einem erheblichen Teil aus den stillen Reserven gedeckt worden. Das Kapital der Sächsischen Staatsbank in Höhe von 10 Millionen Mark blieb erhalten. Die Abführung eines Reingewinnes an die Staatskasse ist nicht möglich; der gesamte Reinertrag findet vielmehr, von einem geringen Vortrag abgesehen, für Abschreibungen und Rückstellungen Verwendung.

SPD. Das Kalisyndikat teilt mit: "Der Märzabsatz des Deutschen Kalisyndikats erreichte nahezu den Absatz des Vergleichsmonats im Vorjahre. Die Abladungen an die deutsche Landwirtschaft wurden beeinflusst durch die Witterungsverhältnisse, die infolge zeitweiser Schneefälle und starker Nachtfroste ungünstigere Vorbedingungen für die Düngung im Gefolge hatten als im März 1931. Die auf diese Witterungseinflüsse zurückzuführenden Verschiebungen des Absatzes in einzelnen Gebieten Deutschlands dürften sich nach den Erfahrungen der Vorjahre mit ähnlichen Witterungsverhältnissen im April ausgleichen."

Berliner Viehmarkt.

(5. April.)

SPD. Am Dienstag trat auf dem Berliner Viehmarkt der Rückschlag nach den Feiertagen ein. Weniger davon betroffen wurde der Rindermarkt, obwohl auch hier das Angebot reichlich war. Auch die Preise auf dem Hammelmarkt hielten sich besser. Dagegen sind auf dem Kälbermarkt Rückschläge im Ausmass von 2 bis 3 Pfennigen und auf dem Schweinemarkt sogar Rückschläge von 4 bis 5 Pfennigen festzustellen. Auf den Märkten lag durchweg Ueberangebot vor.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) = (-), b) (240-300 Pfd.) 35-37 (40-41), c) (200-240 Pfd.) 34-36 (38-41), d) (160-200 Pfd.) 32-34 (36-38), e) (120-160 Pfund) 28-31 (33-35), Sauen 30-32 (36-37). Schafe: b) 34-36 (36-39), c) 30-33 (32-35), d) 20-26 (20-28), Kälber: b) 50-60 (55-62), c) 32-53 (35-55), d) 18-28 (20-30). Kühe: a) 24-26 (25-27), b) 20-23 (21-24), c) 16-19 (17-20), d) 12-15 (13-16).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butternotierungen vom 5. April. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Sorten 96 RM. Tendenz: sehr ruhig.

Druck vor der Wahl.

(Berliner Getreidebörse vom 5. April).

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag weiter recht ruhiges Geschäft. Weizen fand etwas mehr Interesse. Das Angebot an prompter Ware blieb knapp. Da die Mühlen Kauflust zeigten, konnten sich erneut die Preis um 2 Mark befestigen. Dagegen blieb Roggen vernachlässigt und auch für die kna angebotene Inlandsware fanden sich nur wenig Käufer. Die Abschlüsse erfolgten zu unveränderten Preisen. Russischer Roggen stand in ausreichender Menge zur Verfügung. Am Markte der Zeitgeschäfte blieb die Umsatztätigkeit sehr gering. Weizen konnte seinen Kursstand leicht befestigen, während Roggen im wesent= lichen unverändert notiert wurde. Am Mehlmarkt waren die Mühlen vielfach be= strebt, für Weizenmehl etwas höhere Preise rauszuholen; jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück. In beiden Sorten fanden nur wenig Abschlüsse statt. Hafer hatte etwas freundlichere Stimmung und konnte bei knappem Angebot sei= nen Preis etwas befestigen.

	4. April	5. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	256 - 258	258 - 260
Roggen	199 - 201	199 - 201
Braugerste	183 - 190	183 - 190
Futter- und Industriergerste	170 - 180	170 - 182
Hafer	158 - 164	160 - 165
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,50 - 35,00
Roggenmehl	26,50 - 27,90	26,50 - 27,90
Weizenkleie	11,00 - 11,20	11,20 - 11,40
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 271-270 $\frac{1}{2}$, Juli 276, September 231 $\frac{1}{2}$ -231 Brief. Roggen Mai bis 198 $\frac{1}{2}$, Juli -, September 189 $\frac{1}{2}$ -189 Brief. Hafer Mai 174 $\frac{1}{2}$ Geld, Juli 178 $\frac{1}{2}$ -180, September -.

Rauhfutternotierungen.

(5. April)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) R#	1,20 - 1,45
" " Weizenstroh " R#	0,90 - 1,05
" " Haferstroh " R#	0,90 - 1,05
" " Gerstenstroh " R#	0,90 - 1,05
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt R#	1,15 - 1,45
Bindfadengepresstes Roggenstroh R#	1,15 - 1,30
" " Weizenstroh R#	0,95 - 1,10
Häcksel Tendenz fest R#	1,75 - 1,95
Handelsübliches Heu, gesund und trocken R#	1,40 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken R#	1,95 - 2,35
Luzerne, lose R#	2,40 - 2,70
Thymothee, lose R#	2,35 - 2,70
Kleeheu, lose R#	2,30 - 2,60
Drahtgepresstes Heu R#	0,40 über Notiz.

Tendenz stetig.



Was wird aus dem Lohn?

SPD. Die Anberaumung einer grossen Aussprache zwischen Regierung und Wirtschaft über die Lohnfrage, die Mitte April stattfinden wird, hat zunächst in den Lohnkonflikten, die in den letzten Tagen an verschiedenen Stellen plötzlich aufzüngelten, eine Kampfpause entstehen lassen. Vor dieser Aussprache sind keine Entscheidungen zu erwarten. Allein die Frage, ob das Frühjahr ein Lohnkampfjahr werden wird, oder ob der durch die Notverordnung vom Dezember angebahnte Lohnwaffenstillstand noch weiter andauert, beschäftigt naturgemäß sehr stark die Gemüter. Prophezeien will niemand. Es gibt jedoch Optimisten und Pessimisten.

Keine neue allgemeine Lohnsenkung! Unter dieser Ueberschrift bringt die "Frankfurter Zeitung" eine Schilderung der neuen lohnpolitischen Situation, die zweifellos auf Informationen aus dem Reichsarbeitsministerium beruht. Sie verrät deutlich den Optimismus, den das Ministerium nach wie vor gegenüber den an verschiedenen Stellen aufgetauchten neuen Lohnabbaugeschäften bekundet. Die Lohnabbaupolitik der Regierung findet in der Schilderung wohlwollende Kritik, und die als wahrscheinlich skizzierte lohnpolitische Entwicklung der nächsten Zeit passt durchaus in die bisher vom Ministerium eingeschlagene Linie.

Im Augenblick, so heisst es in dem Frankfurter Organ, könne man noch keine zuverlässige Prognose stellen und nicht vorhersagen, ob die Löhne in Deutschland, im Ganzen gesehen, zu hoch oder gar schon zu niedrig seien. Gleichwohl sei es heute sicherlich richtig, sich in der grossen Linie der Lohnpolitik abwartend zu verhalten. Um die Jahreswende habe es sich noch darum gehandelt, der englischen Währungsverschlechterung lohnpolitisch Rechnung zu tragen. Inzwischen sei aber das Pfund wieder gestiegen und aus diesen und anderen Gründen rechtfertige es sich, die wirtschaftlichen und sozialen Störungen zu vermeiden, die mit einer Lohnsenkung verbunden seien. Worauf es jetzt ankommen, das sei eine stärkere Differenzierung der Lohnsätze entsprechend den individuellen Bedürfnissen. Auf manchen Gebieten werde man vielleicht bald zu der Einsicht kommen, dass die Lohnkürzung nicht oder nicht in diesem Umfang nötig war, auf anderen Gebieten wiederum, auf denen die Löhne vom 10. Januar 1927 besonders hoch waren, werde man um weitere individuelle Anpassungen nicht herumkommen. Das scheine z.B. für die Bauwirtschaft zuzutreffen und andere Korrekturen würden nach regionalen Gesichtspunkten unumgänglich sein, wie in Sachsen oder in Ostpreussen; auch im Handwerk würden vielfach selbst die gekürzten Löhne noch als untragbar empfunden. Manche der erfolgten Tarifikündigungen, wie der für die Gemeindearbeiter, kommunalen Strassenbahner, Transportarbeiter, Brauereiarbeiter usw. könnten vielleicht unter diesem Gesichtspunkt verständlich erscheinen. Die Gewerkschaften würden sich in geeigneten Fällen weiteren Korrekturen vermutlich nicht verschliessen und im Grossen und Ganzen scheine andererseits die Parole des Reichsarbeitsministeriums - keine neue allgemeine Lohnsenkung, sondern nur Differenzierung im Einzelfall - auch von Arbeitgeberseite für richtig gehalten zu werden.

Die Pessimisten fürchten, dass die Tarifikämpfe höchstens noch im April vermieden werden, im Mai jedoch mit aller Schärfe entbrennen. Sie verweisen vor allem darauf, dass der Zechenverband für den Ruhrbergbau bereits die Absicht mitgeteilt habe, für Ende Mai den Lohnsatz zu kündigen und ebenso habe der Arbeitgeberverband der Eisenindustrie Nordwest seine Kündigungsabsicht für

Mai mitgeteilt. Demgegenüber ist jedoch zu beachten, dass man allem Anschein nach auch im Reichsarbeitsministerium eine neue Lohnkürzung im Bergbau für eine unmögliche Sache hält. Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass die Befreiung des Ruhrbergbaus von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung bis Ende Juni verlängert worden ist.

Ueber die "Differenzierung der Lohnstarife", wie sie das Reichsarbeitsministerium durchführen will, wird bei seiner Besprechung mit den Unternehmern, den Gewerkschaften und den Schlichtern Klarheit geschaffen werden müssen. Mit so fadenscheinigen Gründen, wie sie der Schlichter zur Begründung des neuen Lohnabbau-Spruchs für die Berliner Bauarbeiter ins Treffen geführt hat, kann man diese Differenzierung jedenfalls kaum rechtfertigen. Da sollte man lieber offen erklären, dass man die Bauarbeiterlöhne ganz ohne Rücksicht, ob das nun für den Baumarkt belebend oder nicht belebend wirkt, nach unten dem allgemeinen lohnpolitischen Niveau anpassen will. Für die Belebung des Baumarktes ist keine Kürzung der Bauarbeiterlöhne nötig. Die Bausachverständigen beweisen das. So bringt soeben die "Kölnische Zeitung" einen interessanten Artikel aus der Feder des Regierungsbaumeisters Dondorff-Köln, in dem mit guten Gründen der Nachweis geführt wird, dass man heute so billig baut wie noch nie in den Nachkriegsjahren. Während die Baukosten 1925/26 etwa 100 Prozent teurer gewesen seien als 1913/14, betrage diese Überteuerung heute nur noch etwa 20 v.H. Im Einzelfall seien die Preise aber als Folge des Mangels an Aufträgen noch niedriger. Für dieses Jahr sei der niedrigste Stand der Baukosten anzunehmen. Die Bauchancen liegen also für die Bauinteressenten ausserordentlich günstig. Trotzdem wird nicht gebaut. Für die Zurückhaltung der Bauinteressenten sind ganz andere Gründe massgebend als die angeblich zu hohen Bauarbeiterlöhne - Gründe, die alle Welt kennt.

Eine Verlängerung des Lohnwaffenstillstandes wäre angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage, in der sich Deutschland zur Zeit befindet, wahrhaftig kein Unglück. Deutschland braucht Ruhe, politisch und wirtschaftlich. Hoffentlich haben die Unternehmer, wenn die Wahlen vorüber sind und der Hitlerklamauk sich ausgetobt hat, etwas hinzugelernt. Vielleicht haben sie sogar schon vor den Preussenwahlen eingesehen, dass das Dritte Reich sehr lange auf sich warten lässt, und dass sie infolgedessen nach wie vor mit den Gewerkschaften rechnen und sich mit ihnen wohl oder übel verständigen müssen.

SPD. Der Völkerbunds ausschuss für internationale öffentliche Arbeiten, der dieser Tage in Paris unter dem Vorsitz des Reichsbahndirektors Dr. Dörpmüller zusammengetreten war, hat seine Beratungen mit der Annahme eines Beschlusses beendet, der dem Völkerbundsrat zugeleitet werden wird. Dieser Bericht ist ein etwas mageres Ergebnis. Kein Wunder, wenn über das Resultat der Pariser Beratungen nicht einmal eine offizielle Mitteilung erfolgt ist.

Die Schuld für den unbefriedigenden Verlauf der Pariser Arbeitsbeschaffungstagung liegt nicht bei dem Ausschuss, sondern bei den Regierungen, die es noch immer nicht für nötig befunden haben, wenigstens durch die Aufstellung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen dem Ausschuss die notwendigen Unterlagen für seine Arbeiten zu geben. Der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Jouhaux, der als Delegierter des Internationalen Arbeitsamtes neben Direktor Albert Thomas an der Tagung teilnahm, sprach gegenüber dem Pariser Korrespondenten des Soz. Pressedienstes seine Enttäuschung darüber aus, dass die von dem Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Pläne von dem Ausschuss nicht in Betracht gezogen worden sind, und dass gerade von den Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Englands, also von Ländern, in denen grosse Arbeitslosigkeit herrscht, dem Ausschuss keine Pläne unterbreitet worden sind. Infolgedessen habe sich der Ausschuss auf die Prüfung der Vor-

schläge beschränken müssen, die ihm die Regierungen Lettlands, Polens, Südslawiens und Griechenlands übermittelt hätten. Dabei sei natürlich das internationale Interesse dieser Vorschläge berücksichtigt worden; denn wenn die auszuführenden Arbeiten auch in der Hauptsache den betreffenden Ländern zugute kämen, so würden doch die grossen Industrieländer durch Lieferung der notwendigen Materialien ebenfalls aus ihnen Nutzen ziehen.

Alle diese Pläne, meinte Jouhaux, seien aber nicht ausreichend, um die Arbeitslosigkeit in Ländern wie Deutschland und England erheblich zu verringern und allgemein in Europa wieder eine Stimmung des Vertrauens und der Zuversicht zu schaffen. Es sei daher wünschenswert und notwendig, dass gerade die Regierungen von Frankreich, Deutschland und England so schnell wie möglich Pläne ausarbeiteten, damit der Ausschuss seine Arbeiten fruchtbringender gestalten könne.

Von den Arbeiten, die dem Ausschuss vorgeschlagen waren, wurden im Bericht an den Völkerbundsrat - natürlich unter der Voraussetzung, dass ihre Finanzierung möglich ist - folgende zur Ausführung empfohlen: für Griechenland Bewässerungsanlagen sowie Verbesserung der Flussläufe und Kanäle besonders in der Gegend von Saloniki, für Lettland Bau von Landstrassen und Brücken zur besseren wirtschaftlichen Erschliessung des Landes, für Polen Bau von Eisenbahnlinien oder Strassen - die polnische Regierung soll darüber entscheiden, welche Arbeiten die wichtigsten sind - und für Bulgarien und Südalawien Bau von Strassen.

SPD. In einem Schadenersatz-Prozess, der seit mehreren Jahren zwischen dem Verband der Metallindustriellen in Dresden und dem Deutschen Metallarbeiterverband schwebt, haben die Arbeitgeber jetzt ein Urteil zu ihren Gunsten erzielt. Die Arbeitgeber hatten den Prozess deshalb angestrengt, weil in einigen schwerindustriellen Betrieben anlässlich eines Streits über die Auslegung eines Tarifes die Sonntagsarbeit verweigert worden sei. Sie klagten zunächst gegen den Deutschen Metallarbeiterverband Stuttgart und den Gau Sachsen, wurden aber bezüglich des Hauptverbandes abgewiesen. Sie hatten 10 000 Mark Schadenersatz eingeklagt, um zunächst die Grundlage für ihre Schadenersatzforderung, die sich auf fast 2½ Millionen Mark beläuft, zu finden. Das Landesarbeitsgericht Dresden hat jetzt diesen Schadenersatzanspruch für berechtigt erklärt, weil Schaden durch Arbeitsverweigerung entstanden sei.

Aller Voraussicht nach wird der Gau Sachsen des Metallarbeiterverbandes Revision gegen das Urteil beim Reichsarbeitsgericht Leipzig einlegen. Der Schaden beträgt tatsächlich höchstens 100 000 Mark.

SPD. Die Zahl der Arbeitslosen in England ist im März auf 2,57 Millionen gesunken. Der Rückgang gegenüber dem Vormonat beträgt 133 841 Personen. Die bessere Beschäftigung verteilt sich ziemlich gleichmässig auf die meisten wichtigsten Industriezweige.

Bei einem Vergleich der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass noch immer die Verschärfung der Vorschriften für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung die Entwicklung günstiger erscheinen lässt, als sie in Wirklichkeit ist.

SPD. Die Nachverhandlungen über den Urlaubsschiedsspruch für den Ruhrbergbau, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, blieben ergebnislos.